NICO S. SCHMIDT

Das Grundrecht der Sprachenfreiheit

Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht

Mohr Siebeck

Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 51



Nico S. Schmidt

Das Grundrecht der Sprachenfreiheit

Zugleich ein Beitrag zu den Innominatfreiheiten Nico S. Schmidt, geboren 1982; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität zu Köln; 2007 Erasmussemester an der Universität Kopenhagen; 2007–08 Auslandssemester mit Sprachkursen in Madrid, Oxford und Paris; 2012 Erstes Juristisches Staatsexamen; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht der Universität zu Köln; 2015 Masterstudiengang Europäische Rechtslinguistik (Universität zu Köln); Rechtsreferendariat im OLG-Bezirk Oldenburg; 2020 Zweites Juristisches Staatsexamen (LJPA Celle); 2020 Promotion; 2020 Berufung in das Richterverhältnis auf Probe und Ernennung zum Richter (Niedersächsisches Justizministerium).

ISBN 978-3-16-159964-4 / eISBN 978-3-16-159965-1 DOI 10.1628/978-3-16-159965-1

ISSN 1867-8912 / eISSN 2568-745X (Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

– För Lisa un Peter, pour Héloïse und Jarik –

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Sommersemester 2020 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis einschließlich September 2020 Berücksichtigung finden. An dem Gelingen dieses Projekts haben zahlreiche Menschen unmittelbar oder auch nur mittelbar einen Anteil gehabt. Ihnen sei im Folgenden meine Dankbarkeit zum Ausdruck gebracht:

"Der wichtigste Dank gebührt meinem Doktorvater." Dieser Satz, so oder so ähnlich, scheint für das Vorwort juristischer Dissertation konventionell unumstößlich. Dieser Erwartungshaltung wäre mit folgender (uneingeschränkt zutreffenden) Aussage prinzipiell ausreichend genüge getan: Herr Prof. Dr. Burkhard Schöbener hat mich von Beginn an in der Auswahl des Promotionsthemas bestärkt, mir stets die gebotene wissenschaftliche Freiheit geschenkt und mich zu jeder Zeit nach besten Kräften unterstützt. Allerdings wäre durch diese floskelhaft anmutende Formulierung meine tatsächliche Dankbarkeit nicht annähernd adäquat zum Ausdruck gebracht. Denn der obige Satz ließe sich leicht als lediglich pflichtschuldige Konventionserfüllung missdeuten. Daher sei an dieser Stelle in besonderer Weise hervorgehoben, dass mein wichtigster Dank – uneingeschränkt – meinem Doktorvater gebührt! Seit unserer ersten Begegnung im Sommersemester 2009 hat er mich auf mannigfaltige Art und Weise auf meinem universitären wie auch persönlichen Lebensweg begleitet und unterstützt. Dabei hätten die acht Jahre und zehn Monate, die ich zwischen April 2010 und Januar 2019 zunächst als studentischer und anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht beschäftigt war, an sich bereits ausreichend Gelegenheit geboten, um mich, in seinen Worten, bestmöglich "zu fördern und zu fordern". Diese Chance hat er nach meinem Eindruck aber in ganz besonderer Weise ergriffen. Diese Behauptung sei, stellvertretend für zahlreiche Aspekte, an folgendem Beispiel verdeutlicht: Aufgrund der beengten Raumsituation des an Mitarbeiterzahl stetig wachsenden Lehrstuhls erklärte er sich bereitwillig damit einverstanden, meinen Arbeitsplatz in sein persönliches Dienstzimmer zu verlagern, um mit mir, wie er sagen würde, das Experiment einer fruchtbringenden "Bürogemeinschaft" zu versuchen. Die ca. 30 m² "seines" Arbeitszimmers haben wir uns in der Folge etwa drei Jahre lang geteilt. Hierdurch ergaben sich für mich wertvolle fachliche Synergieeffekte. So durfte ich nicht VIII Vorwort

allein, wie auch seine anderen Doktoranden, stets mit einer zügigen und zugleich akribischen Durchsicht meiner eingereichten Entwürfe rechnen, sondern konnte Einzelfragen auch kurzfristig persönlich besprechen. Insbesondere während der gemeinsamen Feierabendgespräche – nach seinem langen Vorlesungstag – wurden im angeregten Diskurs wesentliche Weichen der Arbeit gestellt, was mich bereits frühzeitig vor manchem Irrweg bewahrt haben mag. Diese Situation habe ich als besonderes Privileg empfunden. Denn insbesondere hierdurch konnte eine fachliche wie auch persönliche Gemeinschaft in geradezu klassischer Ausprägung entstehen, eine *universitas magistri et scholaris*, die in der gegenwärtigen Hochschullandschaft, zumal an einer derart frequentierten Bildungseinrichtung wie der Universität zu Köln, allenfalls noch eine Ausnahme darstellen dürfte.

Prof. Dr. Bernhard Kempen bin ich besonders dankbar für die ausgesprochen zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die sehr freundlich formulierten Worte hierin. Insbesondere die zum Ausdruck gebrachten Anregungen konnten noch rechtzeitig vor Drucklegung in angemessener Weise berücksichtigt werden. Da ich erst während meines Masterstudienganges auf die interdisziplinären Forschungsfragen an der Schnittstelle zwischen Sprache und Recht überhaupt aufmerksam geworden bin, gilt ihm zudem mein Dank für sein Engagement als Schirmherr des Studienganges der Europäischen Rechtslinguistik. Dieser Dank geht gleichermaßen auch an Frau Prof. Dr. Isolde Burr-Haase als geistige Mutter der Rechtslinguistik an der Philosophischen Fakultät.

Für inhaltliche Hilfestellungen möchte ich vor allem meinen ehemaligen Kollegen am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht danken. Insbesondere Martin Bongartz, Dr. Sebastian Lubosch, Leonard Funk, Philipp Schmacks, Andreas Nagel und Hussaine El Bajjati haben dieses Projekt über die gesamte Zeit begleitet und vielfach zur Überprüfung meiner dogmatischen Schlussfolgerungen als äußerst wertvolle Gesprächspartner zur Verfügung gestanden. Maximilian Oehl hat sich als verlängerter Arm in der Schweiz hervorgetan und bei Rechercheproblemen zeitnah ausgeholfen. Darüber hinaus gilt mein Dank den beiden guten Seelen des Internationalen Rechtshauses: Rolf Schmitz und Monika Kirsch haben mich durch ihr fröhliches Wesen beschwingt in jeden Arbeitstag starten lassen und durch gelegentliche Pausengespräche wertvolle Abwechslung geboten.

Um einen internationalen wissenschaftlichen Austausch zu erleichtern, habe ich den wesentlichen Gang der Arbeit auch in einigen anderen Rechtssprachen nachgezeichnet. Ohne eine akribische Durchsicht meiner Entwürfe durch kompetente Muttersprachler wäre ein qualitativ vergleichbares Ergebnis allerdings nicht möglich gewesen. Für diese Unterstützung möchte ich *Dr. Keith E. Wilder*

Vorwort

(Summary), Laure Maillard, geb. Alibert (Résumée), Dr. David Cuenca Pinkert (Resumen) und Dr. Emma Salemme (Sommario) meinen besonders herzlichen Dank aussprechen.

Das Schreiben einer Dissertation stellt Anforderungen in vielerlei Hinsicht. Neben fachlichen Hilfestellungen bin ich auch für zuteil gewordene soziale Ablenkung dankbar. Mein persönlicher Dank für unsere langjährige Freundschaft, regelmäßige moralische Unterstützung, gelegentliche Beherbergung oder gemeinsame Freizeitgestaltung gilt vor allem *Christian Woicke, Joachim Noack, Thorsten Werstler, René Weichbrodt, Sascha Schneider, Dominik Olles* und *Dieter Ochs.*

Unter der intensiven Zeit meiner Dissertation hatten diejenigen Menschen große Entbehrungen zu erdulden, die mir besonders nahestehen. Sind doch meine Gedanken währenddessen deutlich seltener um ihre Wünsche und Bedürfnisse gekreist. Dennoch haben sie stets für meine Sorgen, Nöte und Probleme ein offenes Ohr gehabt und mich ohne den geringsten Vorwurf bedingungslos unterstützt. Für diese besondere Nachsicht gilt mein Dank zunächst meiner lieben Mutter *Angelika* sowie meinen beiden Schwestern *Marlen* und *Linda*. Die größte Last hatte gleichwohl meine Freundin *Sina* zu tragen, die mich täglich wahlweise aufmuntern, beruhigen, antreiben oder organisieren durfte. Für diese große Unterstützung gilt ihr meine besonders liebevolle Dankbarkeit!

Viele Menschen haben ein Thema, das ihnen in besonderer Weise nahesteht. Meines ist seit jeher die menschliche Sprache gewesen. Rückblickend führe ich diese Faszination auf zwei Erfahrungen in der Jugend zurück, die mir als Grundlage für die Widmung dieser Arbeit dienen:

Als Schlüsselerlebnis erachte ich insoweit eine Situation, in der mir das erste Mal bewusst geworden ist, dass mein Vater und meine Großmutter miteinander eine andere Sprache sprechen – mit uns drei Kindern jedoch jeweils nur Hochdeutsch. Diese besondere Sprache wollte auch ich erlernen und belegte daraufhin in der Grundschule eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft für Niederdeutsch. Nachdem ich bei Vorlesewettbewerben meine Fähigkeiten präsentieren durfte, war ich im großmütterlichen Bekanntenkreis fortan "de Enkelsöön de noch so scheun Plattdüütsch snacken kun". In liebevoller Erinnerung und Dankbarkeit ist diese Arbeit daher in erster Linie meiner Oma *Lisa Schmidt*, *geb. Blohm* († 2017) und meinem Vater *Hans-Peter Schmidt* gewidmet.

Als zweites zentrales Erlebnis sehe ich meine viermalige Teilnahme an einem Deutsch-Französischen-Jugendaustausch. Beflügelt durch die Erkennt-

X Vorwort

nis, dass schulische Anstrengung durchaus einen praktischen Nutzen für das tägliche Leben haben kann, erschien mir die auf das Erlernen von Fremdsprachen verwendete Zeit seither stets äußerst gewinnbringend investiert. Während dieser Zeit sind zwei mir wichtige Freundschaften zu *Laure Maillard*, *geb. Alibert* und *Stefanie Woicke*, *geb. Schuldt* entstanden. Daher ist die Arbeit in zweiter Linie Laures Tochter *Héloïse* und meinem Patensohn *Jarik* gewidmet.

Oldenburg, im März 2021

Nico S. Schmidt

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis XX	XI
Einleitung	1
Teil I: Sprache als Kulturgut zwischen Bürger und Staat	7
Kapitel 1: Das Kulturgut Sprache	9
A. Allgemeinsprachliches Verständnis von Sprache und Sprachen	9
B. Linguistisches Verständnis der Sprache	10
C. Linguistisches Verständnis einer Sprache	13
	29
E. Zusammenfassung Kapitel 1	35
Kapitel 2: Bedeutung des Kulturgutes für Bürger und Staat	37
A. Generelle Funktionen der Sprache	37
	44
	62
D. Zusammenfassung Kapitel 2	89
Kapitel 3: Staatliche Einflussnahme auf das Kulturgut Sprache	91
A. Terminologie staatlicher Einflussnahme	91
B. Statusbezogene Sprachenpolitik	95
	109
D. Zusammenfassung Kapitel 3	113
Zusammenfassung Teil I	115

XII Inhaltsübersicht

Teil II: Dogmatische Grundlagen der Sprachenfreiheit	.7
Kapitel 4: Gewährleistungsgehalt der Sprachenfreiheit11A. Sachlicher Gewährleistungsbereich11B. Personale Gewährleistungsberechtigung13C. Zusammenfassung Kapitel 414	19 39
Kapitel 5: Grundgesetzliche Dogmatik der Sprachenfreiheit14A. Geltung der komplexen Gewährleistungsnorm14B. Geltungsannahme des Grundrechts der Sprachenfreiheit15C. Vorbehaltsregelung der Sprachenfreiheit17D. Zusammenfassung Kapitel 518	17 58 74
Kapitel 6: Dogmatische Detailfragen der Sprachenfreiheit) 7
als unbenanntes Grundrecht	33 97 98
E. Terminologische Verdeutlichung der abstrakten Kennzeichnung	
Zusammenfassung Teil II	27
Teil III: Konkurrenzdogmatik der Sprachenfreiheit 22	29
Kapitel 7: Grundrechtliche Konkurrenzen im Allgemeinen	31
A. Grundlagen der Konkurrenzdogmatik23B. Konkurrenzauflösung durch Vorrang24C. Zusammenwirken von Grundrechtsnormen26D. Zusammenfassung Kapitel 727	12 57
Kapitel 8: Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit	17
A. Konsequenzen aus den grundrechtlichen Konkurrenzen für die konkurrenzdogmatische Qualität der Sprachenfreiheit 27 B. Gleichartige Konkurrenzrelationen der Sprachenfreiheit 27 C. Ungleichartige Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit 30 D. Zusammenfassung Kapitel 8 30	77 79)2
Zusammenfassung Teil III)9

Inhaltsübersicht	XIII
Teil IV: Anwendungsdogmatik der Sprachenfreiheit	311
Kapitel 9: Vorschriften der deutschen Rechtsordnung	
am Maßstab der Sprachenfreiheit	313
A. § 23 VwVfG (Amtssprache)	313
B. §§184 ff. GVG (Gerichtssprache)	
C. §§185 ff. StGB (Beleidigungsverbot)	
D. § 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW (Anstaltspost)	341
E. §10 Abs. 1 Nr. 6 StAG (Einbürgerung)	349
F. §4 LGG NRW (Geschlechtsneutrale Sprache)	
G. Verwaltungsvorschriften zur Rechtschreibreform	
H. Zusammenfassung Kapitel 9	372
Kapitel 10: Hypothetische Vorschriften der deutschen Rechtsordnung	
am Maßstab der Sprachenfreiheit	375
A. Art. 2 S.1 SprVG TR (Performanzverbot)	375
B. Art. 3 S.1 SprVG TR (Kompetenzfestlegung)	
C. Art. 3 S. 2 lit. a) SprVG TR (Tradierungsverbot)	384
D. Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR (Performanzverbot Versammlungen)	387
E. Verwaltungsvorschriften zur Schulhofsprache Deutsch	391
F. Zusammenfassung Kapitel 10	399
Zusammenfassung Teil IV	401
Teil V: Synopse der Arbeit und ihrer Thesen	403
Teil I: Sprache als Kulturgut zwischen Bürger und Staat	403
Kapitel 1: Das Kulturgut Sprache	403
Kapitel 2: Bedeutung des Kulturgutes für Bürger und Staat	
Kapitel 3: Staatliche Einflussnahme auf das Kulturgut Sprache	
Teil II: Dogmatische Grundlagen der Sprachenfreiheit	406
Kapitel 4: Gewährleistungsgehalt der Sprachenfreiheit	406
Kapitel 5: Grundgesetzliche Dogmatik der Sprachenfreiheit	
Kapitel 6: Dogmatische Detailfragen der Sprachenfreiheit	
als unbenanntes Grundrecht	408
Teil III: Konkurrenzdogmatik der Sprachenfreiheit	410
Kapitel 7: Grundrechtliche Konkurrenzen im Allgemeinen	
Kapitel 8: Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit	

XIV	Inhaltsübersicht	

Teil IV: Anwendungsdogmatik der Sprachenfreiheit	412
Kapitel 9: Vorschriften der deutschen Rechtsordnung	413
Kapitel 10: Hypothetische Vorschriften der deutschen Rechtsordnung	413
Zusammenfassungen/Abstracts	415
A. Zusammenfassung	415
B. Summary	416
C. Résumé	
D. Resumen	417
E. Sommario	418
Literaturverzeichnis	421
Schlagwortverzeichnis	449

Inhaltsverzeichnis

Inł	altsi	rt	XI
Ei	nlei	tung	1
Te	il I:	Sprache als Kulturgut zwischen Bürger und Staat	7
Ka	pite	l 1: Das Kulturgut Sprache	9
		gemeinsprachliches Verständnis von Sprache und Sprachen	9 10
	I. II. III	Sprache als Dichotomie aus langue und parole	11 12 13
C.		guistisches Verständnis einer Sprache	13
	I.	Sprachen als heterogene Systeme	14
		Historische Sprachen als Komplexe von Sprachsystemen	14
		a) Diatopische Varietäten	15
		b) Diastratische Varietäten	16
		c) Diaphasische Varietäten	17
		d) Funktionales Verhältnis der Varietäten zueinander	17
		2. Funktionelle Sprachen als homogene Sprachsysteme	17
		3. Fazit	18
	II.	Sprachen als dynamische Systeme	18
		1. Sprachliche Ebenen als Voraussetzung für sprachlichen Wandel	19
		2. Sprachen zwischen System und Norm	19
		3. Fazit	20
	III.	Abgrenzung von Sprache und Dialekt	20
		1. Differenzierungsgründe zwischen Sprachen und Dialekten	20
		a) Grad der Verständlichkeit von Sprechern sprachlicher Systeme	21
		b) Strukturelle Unterschiede sprachlicher Systeme	22
		c) Politischer Status eines sprachlichen Systems	22
		d) Selbstverständnis der Sprecher eines sprachlichen Systems	23
		e) Fazit	24

	2. Unzulänglichkeit der Opposition zwischen Sprachen und Dialekter	
	a) Substanzielle Kongruenz der zu bezeichnenden Systeme	. 24
	b) Allgemeinsprachliche Opposition der Begrifflichkeiten	. 25
	c) Dialekt als relationaler Begriff	. 25
	d) Dynamik der Bezeichnung als Sprache oder Dialekt	. 26
	3. Fazit	. 26
	IV. Abgrenzung von Sprache und Akzent	. 27
	V. Fazit	. 28
D.	Kategorisierung von Einzelsprachen	
	I. Natürliche Sprachen	. 30
	1. Lautsprachen	. 31
	2. Gebärdensprachen	. 31
	II. Künstliche Sprachen	. 32
	1. Plansprachen	
	2. Geheimsprachen	
	3. Fiktive Sprachen	
	III. Fazit	
E.	Zusammenfassung Kapitel 1	
Kι	pitel 2: Bedeutung des Kulturgutes für Bürger und Staat	. 37
A.	Generelle Funktionen der Sprache	. 37
	I. Kommunikative Funktion der Sprache	. 38
	1. Faktoren der menschlichen Kommunikation	. 38
	2. Kommunikative Grundfunktionen der menschlichen Sprache	. 38
	a) Referentielle Funktion	. 39
	b) Expressive Funktion	. 39
	c) Konative Funktion	. 40
	d) Phatische Funktion	. 40
	e) Metasprachliche Funktion	
	f) Poetische Funktion	
	3. Fazit	
	II. Kognitive Funktion der Sprache	
	III. Fazit	
В.	Individualbezogene Bedeutung des Kulturgutes Sprache	
	I. Kommunikativer Aspekt des Kulturgutes Sprache	
	II. Identitätsbezogener Aspekt des Kulturgutes Sprache	
	Verhältnis der Konzepte Identität und Persönlichkeit	
	a) Konzept der Identität	
	aa) Individuelle Identität	
	(1) Personale Identität	
	(2) Soziale Identität	
	bb) Kollektive Identität	
	b) Konzept der Persönlichkeit als	. 50
	ein Asnekt der nersonalen Identität	50
	CHI ASDONI UCI DOISOHAICH IUCHILIAL	

	Inhaltsverzeichnis	AVII
	c) Abgrenzung von Konzept und Handlung	. 52
	d) Fazit	
	Bedeutung des Kulturgutes Sprache für Identität und Persönlichke	
	a) Individuelle faculté de langage	
	als Bestandteil der personalen Identität	
	b) Langue als grundsätzlich überindividuelles System	. 54
	c) Kompetenz als Bestandteil der personalen und sozialen Identitäd) Performanz als Mittel zu Kommunikation, Konstruktion und	it 55
	Bewahrung der eigenen Identität und Persönlichkeit	. 56
	aa) Performanz als Kommunikationsmittel	
	der eigenen Identität und Persönlichkeit	
	(1) Ausdruck der physischen Identität	. 56
	(2) Ausdruck der geographischen Identität	. 57
	(3) Ausdruck der sozialen Identität	. 58
	(4) Ausdruck der Persönlichkeit	. 58
	bb) Performanz als Mittel zu kommunikativer	
	Konstruktion und Bewahrung der eigenen Identität	. 59
	cc) Bewertung der Performanz als Mittel	
	zu Kommunikation, Konstruktion und Bewahrung	
	der eigenen Identität und Persönlichkeit	. 60
	II. Fazit	. 60
C.	taatsbezogene Bedeutung des Kulturgutes Sprache	. 62
	Begriffsbestimmung von Staat und Gemeinschaft	. 62
	1. Inhaltsbestimmung des Gemeinschaftsbegriffs	. 62
	2. Inhaltsbestimmung des Staatsbegriffs	. 63
	a) Rein soziologischer und rein juristischer Staatsbegriff	
	b) Zwei-Seiten-Theorie	
	c) Integrationslehre	. 65
	d) Stellungnahme: integrative Zwei-Seiten-Theorie	. 65
	I. Staatsbezogene Sozialfunktionen des Kulturgutes Sprache	. 66
	1. Integrative Sozialfunktion	. 66
	a) Kommunikativ-integrativer Aspekt	. 67
	aa) Gemeinschaftsermöglichende Funktion im Allgemeinen	. 67
	bb) Ermöglichung staatlicher Gemeinschaft	. 68
	(1) Besondere staatsbezogene Relevanz	
	gemeinsamer Sprachkompetenz	. 68
	(2) Organisation staatlicher Gemeinschaft	. 69
	b) Identitätsbezogen-integrativer Aspekt	. 70
	aa) Gemeinschaftsstiftende Funktion im Allgemeinen	. 70
	bb) Stiftung staatlicher Gemeinschaft	. 71
	2. Desintegrative Sozialfunktion	
	a) Kommunikativ-desintegrativer Aspekt	
	aa) Gemeinschaftsverhindernde Funktion im Allgemeinen	
	bb) Verhinderung staatlicher Gemeinschaft	
	,	

b) Identitätsbezogen-desintegrativer Aspekt	73
aa) Gemeinschaftshemmende Funktion im Allgemeinen	73
bb) Hemmung staatlicher Gemeinschaft	74
3. Fazit	74
III. Funktionen von Amts-, Staats-, National- oder Landessprache	75
Terminologische Abgrenzung von der Amtssprache	76
a) Differenzierung zwischen Amts- und Staatssprache	76
aa) Amts- und Staatssprache nach Art. 6 Verf FL	77
bb) Amts- und Staatssprache nach Art. 8 Abs. 1 B-VG A	77
cc) Fazit	78
b) Differenzierung zwischen Amts-	, 0
sowie National- oder Landessprache	78
aa) Terminologische Besonderheiten	70
von National- oder Landessprache	79
bb) Amts- und Nationalsprache	13
nach Art. 8 Verf IRL und Art. 5 Verf M	79
cc) Amts- und Landessprache nach Art. 4 und Art. 70 BV CH	80
c) Fazit	80
2. Staatssprache als integratives Sprachsystem	80
a) Staatssprache als kommunikationsbezogenes Sprachsystem	81
b) Staatssprache als identitätsbezogenes Sprachsystem	83
c) Fazit	83
3. Amtssprache als kommunikationsbezogenes Sprachsystem	83
4. National- oder Landessprache	
als identitätsbezogenes Sprachsystem	84
a) National- oder Landessprache	
als kommunikationsbezogenes Sprachsystem	84
b) National- oder Landessprache	
als gemeinschaftsstiftendes Sprachsystem	85
aa) Mehrere National- oder Landessprachen	85
bb) Regional- oder Minderheitensprachen	
als identitätsbezogene Sprachsysteme	
geringerer politischer Relevanz	86
c) Fazit	86
5. Funktion der deutschen Sprache	
in der Bundesrepublik Deutschland	87
6. Fazit	88
D. Zusammenfassung Kapitel 2	89
Kapitel 3: Staatliche Einflussnahme auf das Kulturgut Sprache	91
A. Terminologie staatlicher Einflussnahme	91
I. Sprachplanung zur generellen, gezielten Einflussnahme	
auf das Kulturgut Sprache	92
1. Korpusplanung	92
1 1 0	

		Inhaltsverzeichnis	XIX
		2. Statusplanung	93
		3. Verhältnis von Korpus- und Statusplanung	94
	II.	Sprach- und Sprachenpolitik zur Differenzierung	
_	_	staatlicher Einflussnahme auf das Kulturgut Sprache	
В.		tusbezogene Sprachenpolitik	
	I.	Languebezogene sprachenpolitische Maßnahmen	
	II.	Kompetenzbezogene sprachenpolitische Maßnahmen	
	Ш.	Performanzbezogene sprachenpolitische Maßnahmen	
		Herabsetzung eines Sprachgebrauchs durch Sprachverbote	
		a) Kurdische Sprachen in der Republik Türkei seit 1982	
		b) Sorbische Sprache zur Zeit des Nationalsozialismus	
		c) Katalanische Sprache zur Zeit des Franquismus	
		d) Fazit	
		3. Gleichordnung eines Sprachgebrauchs	
	IV.	Fazit	
C.		rpusbezogene Sprachpolitik	
	I.	Languebezogene sprachpolitische Maßnahmen	
	II.	Kompetenzbezogene sprachpolitische Maßnahmen	111
		Performanzbezogene sprachpolitische Maßnahmen	
D.	Zus	sammenfassung Kapitel 3	113
7.,	cam	menfassung Teil I	115
Zu	sum	menjussung teut	113
Te	il II	: Dogmatische Grundlagen der Sprachenfreiheit	117
Ka	pite	l 4: Gewährleistungsgehalt der Sprachenfreiheit	119
	_	hlicher Gewährleistungsbereich	
Α.	I.	Abwehrfunktion der Sprachenfreiheit	
	1.	Kommunikationsbezogene Verhaltensfreiheit	
		a) Allgemein: Performanzfreiheit	
		b) Positive Performanzfreiheit	
		aa) Produktionsfreiheit	
		(1) Sprechfreiheit	
		(2) Schreibfreiheit	125
		(3) Gebärdenfreiheit	126
		bb) Didaktikfreiheit	126
		cc) Dokumentationsfreiheit	127
		c) Negative Performanzfreiheit	
		2. Identitätsbezogene Zustandsfreiheit	
		3. Fazit	
	II.	Leistungsfunktion der Sprachenfreiheit	
		1. Staatliche Performanz in deutscher Sprache	131

		2. Systemschutz der deutschen Sprache	132
		3. Einheitliches Schriftsystem für die deutsche Sprache	132
		4. Kompetenzerwerbsförderung der deutschen Sprache	133
		5. Sicherstellung der Sprachmittlung für die Kommunikation	
		mit den Rechtsunterworfenen	133
			135
	III.	Keine Gleichheitsfunktion der Sprachenfreiheit	
			137
	IV.		138
В.	Pers	sonale Gewährleistungsberechtigung	139
	I.		139
	II.	Jedermann-Grundrecht	141
		1. Kein Minderheitenrecht	141
		2. Kein Bürgerrecht	142
			142
	III.		143
		1. Juristische Personen	143
			144
C.	Zus	ammenfassung Kapitel 4	145
	•	l 5: Grundgesetzliche Dogmatik der Sprachenfreiheit	
A.	Gel	tung der komplexen Gewährleistungsnorm	
	I.	Normative Zuordnung als Geltungsgrund	
	II.	Zuordnung der komplexen Gewährleistungsnorm	
		1. Zuordnung zu Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	150
		2. Zuordnung zu anderen Grundrechtsbestimmungen,	
		die ein besonderes Freiheitsgrundrecht gewährleisten	
		3. Zuordnung zu Art. 3 Abs. 3 S. 1 Var. 4 GG	152
		5	153
			154
		6. Keine Zuordnung zu Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG \dots	156
		Fazit	157
В.	Gel		158
	I.	Geltungsannahme unbenannter Grundrechte	158
	II.	Notwendigkeit materiell eingrenzender Kriterien	
		für die Geltungsannahme unbenannter Grundrechte	161
	III.		162
		1. Wesensmäßige Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten	162
		a) Strukturelle Vergleichbarkeit	
		aa) Ausreichende Abstraktheit der Gewährleistung	
		bb) Bestimmbarer Gewährleistungsbereich	
		cc) Besondere Abwägungsgesichtspunkte	
		b) Qualitative Vergleichbarkeit	1/7

aa) Besondere Grundrechtsrelevanz der Gewährleistung 167 bb) Kein gesetzliches Verbot 168 c) Gefährdungsbezogene Vergleichbarkeit 169 aa) Faktisch begründbare Gefährdungslage 170 bb) Rechtlich begründbare Gefährdungslage 170 2. Keine planwidrige Gewährleistungslücke 171 3. Konkretisierbarer grundgesetzlicher Schutzauftrag 172 IV. Fazit 173 C. Vorbehaltsregelung der Sprachenfreiheit 1 174 I. Bedeutung der Sprachenfreiheit als Grundrechtsverwirklichungsvoraussetzung 175 II. Eintsprechendes Freiheitsrecht zu den Merkmalen in Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG 176 III. Einheitliche Systematik vorbehaltloser Grundrechte 177 IV. Strukturelle Vergleichbarkeit zur Religionsfreiheit 179 V. Fazit 180 D. Zusammenfassung Kapitel 5 180 Kapitel 6: Dogmatische Detailfragen der Sprachenfreiheit als unbenanntes Grundrecht 183 I. Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 184 I. Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 184 I. Aktivierung der subjektiv-rechtlichen Dimension 185 2. Aktivierung der subjektiv-rechtlichen Dimension 185 a) Allgemeine staatliche Bindungswirkung 186 aa) Zitiergebot, Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG 187 bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 188 cc) Staatliche Beachtungspflicht als Grundrechtsschranke 188 b) Besondere objektiv-rechtliche Gehalte 189 3. Fazit 190 II. Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik 191 III. Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe unbenannter Grundrechte 192 2. Konkurrenzdogmatische Qualität 191 III. Konkurrenzdogmatische Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten 193 IV. Erweiterter Eingriffsbegriff 195 V. Rechtspolitische Qualität 196 VI. Fazit 196 B. Rechtsnatur eines natürlichen Freiheitsrechts 197 C. Abwägungssystematik der Sprachenfreiheit 199 1. Nachteilsintensität für die Performanzfreiheit 199		Inhaltsverzeichnis	XXI
A. Vorteile eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit 183 I. Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 184 1. Aktivierung der subjektiv-rechtlichen Dimension 185 2. Aktivierung der objektiv-rechtlichen Dimension 185 a) Allgemeine staatliche Bindungswirkung 186 aa) Zitiergebot, Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG 187 bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 188 cc) Staatliche Beachtungspflicht als Grundrechtsschranke 188 b) Besondere objektiv-rechtliche Gehalte 189 3. Fazit 190 II. Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik 191 III. Konkurrenzdogmatische Qualität 191 1. Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe unbenannter Grundrechte 192 2. Konkurrenzdogmatische Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten 193 IV. Erweiterter Eingriffsbegriff 195 V. Rechtspolitische Qualität 196 VI. Fazit 196 B. Rechtsnatur eines natürlichen Freiheitsrechts 197 C. Abwägungssystematik der Sprachenfreiheit 198 I. Zentraler Abwägungsaspekt: gewährleistungsbezogene Belastungsintensität 199 1. Nachteilsintensität für die Performanzfreiheit 199	D.	aa) Besondere Grundrechtsrelevanz der Gewährleistung bb) Kein gesetzliches Verbot c) Gefährdungsbezogene Vergleichbarkeit aa) Faktisch begründbare Gefährdungslage bb) Rechtlich begründbare Gefährdungslage 2. Keine planwidrige Gewährleistungslücke 3. Konkretisierbarer grundgesetzlicher Schutzauftrag IV. Fazit Vorbehaltsregelung der Sprachenfreiheit. I. Bedeutung der Sprachenfreiheit als Grundrechtsverwirklichungsvoraussetzung II. Entsprechendes Freiheitsrecht zu den Merkmalen in Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG III. Einheitliche Systematik vorbehaltloser Grundrechte IV. Strukturelle Vergleichbarkeit zur Religionsfreiheit V. Fazit Zusammenfassung Kapitel 5	167 168 169 170 170 171 172 173 174 175 176 177 179 180
A. Vorteile eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit 183 I. Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 184 1. Aktivierung der subjektiv-rechtlichen Dimension 185 2. Aktivierung der objektiv-rechtlichen Dimension 185 a) Allgemeine staatliche Bindungswirkung 186 aa) Zitiergebot, Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG 187 bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 188 cc) Staatliche Beachtungspflicht als Grundrechtsschranke 188 b) Besondere objektiv-rechtliche Gehalte 189 3. Fazit 190 II. Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik 191 III. Konkurrenzdogmatische Qualität 191 1. Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe unbenannter Grundrechte 192 2. Konkurrenzdogmatische Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten 193 IV. Erweiterter Eingriffsbegriff 195 V. Rechtspolitische Qualität 196 B. Rechtsnatur eines natürlichen Freiheitsrechts 197 C. Abwägungssystematik der Sprachenfreiheit 198 I. Zentraler Abwägungsaspekt: gewährleistungsbezogene Belastungsintensität 199 1. Nachteilsintensität für die Performanzfreiheit 199			183
a) Mallack Lake matematic 1/2 au 41 - 1/2	B.	I. Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 1. Aktivierung der subjektiv-rechtlichen Dimension 2. Aktivierung der objektiv-rechtlichen Dimension a) Allgemeine staatliche Bindungswirkung aa) Zitiergebot, Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit cc) Staatliche Beachtungspflicht als Grundrechtsschranke b) Besondere objektiv-rechtliche Gehalte 3. Fazit II. Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik III. Konkurrenzdogmatische Qualität 1. Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe unbenannter Grundrechte 2. Konkurrenzdogmatische Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten IV. Erweiterter Eingriffsbegriff V. Rechtspolitische Qualität VI. Fazit Rechtsnatur eines natürlichen Freiheitsrechts Abwägungssystematik der Sprachenfreiheit I. Zentraler Abwägungsaspekt: gewährleistungsbezogene Belastungsintensität 1. Nachteilsintensität für die Performanzfreiheit	184 185 186 187 188 188 189 190 191 191 192 193 195 196 196 197 198

		aa) Generelle Differenzierung: Sprachwahl und Sprachausübung	200
		bb) Weitere Differenzierung: Produktionsformen	
		b) Auslegungshilfe: subjektive Eingriffsintensität	
		c) Auslegungshilfe: situative Eingriffsintensität	
		2. Nachteilsintensität für die sprachliche Identitätsfreiheit	
		a) Integrität der sprachlichen Kompetenz	
		aa) Existenznegation der sprachlichen Kompetenz	
		bb) Erweiterung der sprachlichen Identität	
		b) Integrität der beherrschten <i>langue(s)</i>	203
		c) Performanzbezogene Berücksichtigung	
		der sprachlichen Identität	
		3. Nachteilsintensität für die Leistungsnorm	204
	II.	Abwägungsgrenze: Kommunikationsunfähiges Rechtssubjekt	
		mit faktischem Objektcharakter	205
		1. Unangemessener Nachteil für die Performanzfreiheit	206
		2. Unangemessene Nachteile für die sprachliche Identität	
	III.	Beachtungsnotwendigkeit des Parlamentsvorbehaltes	207
	IV.	Verletzung des Wesensgehaltes	207
		1. Ermittlung eines Verstoßes gegen Art. 19 Abs. 2 GG	208
		2. Verletzung der Grundidentität	
		a) Materielle Betroffenheit der Sprachwahlfreiheit	
		für sämtliche Produktionsformen	209
		b) Subjektive Betroffenheit zahlreicher	
		erstsprachlicher Kompetenzen	209
		c) Situative Betroffenheit sämtlicher Lebensbereiche	
	V.	Verfassungslegitimer Gemeinwohlzweck	
	•	1. Dreistufentheorie	
		Modifizierte Übertragung auf die Sprachenfreiheit	
	VI	Angemessenheitsprüfung	
		Generelle Struktur der Angemessenheitsprüfung	
		a) Benennung und abstrakte Gewichtung der jeweiligen Positionen	
		b) Konkrete Vor- und Nachteilsbewertung	213
		der staatlichen Maßnahme	214
		c) Abwägung der widerstreitenden Interessen	
		,	
		Abstrakte Bewertung der Sprachenfreiheit Konkrete Nachteilsbewertung	
	3711	5. Konkrete Nachtensbewertung	
D		nerelle abstrakte Kennzeichnung der Sprachenfreiheit	210
D .			217
		ch Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	
	I.	Kennzeichnungsgrund des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	
	II.	Übertragbarkeit des Kennzeichnungsgrundes auf die Sprachenfreiheit	
_		Fazit	
E.		minologische Verdeutlichung der abstrakten Kennzeichnung	
	I.	Begriffliche Klärungen	221

		Inhaltsverzeichnis	XXIII
F.	IV.	Kombination vs. Synthese Combinationsgrundrecht vs. Grundrechtskombination Die Sprachenfreiheit als Kombinationsgrundrecht Kein Synthesegrundrecht Keine Grundrechtskombination oder Grundrechtssynthese ammenfassung Kapitel 6	222 223 223 224
Zu.	sami	menfassung Teil II	227
Те	il II	I: Konkurrenzdogmatik der Sprachenfreiheit	229
Ka	pite	17: Grundrechtliche Konkurrenzen im Allgemeinen	231
Δ	Gru	ndlagen der Konkurrenzdogmatik	232
<i>1</i> 1.	I.	Begriffsbestimmung der Grundrechtskonflikte	
	1.	1. Grundrechtskonkurrenz	
		a) Bestimmungsgegenstand eines Konkurrenzsachverhaltes	
		b) Gleichartige und ungleichartige Konkurrenz	
		c) Präzisiertes Verständnis einer Grundrechtskonkurrenz	
		2. Grundrechtskollision	
		3. Grundrechtsparallelität	
	II.	Tatbestandsrelationen einer Normenkonkurrenz	
	III.	Stuktureller Gehalt der Grundrechtsnormen	
		1. Themen-, Anwendungs- und Regelungsbereich	237
		2. Grundrechtliche Schutzgegenstandstypen	
	IV.		
	V.	Problembehaftetheit einer Konkurrenzvermeidung	
	VI.	Fazit	
В.	Kor	nkurrenzauflösung durch Vorrang	242
	I.	Arten des Vorrangs	
		1. Kein allgemeiner Geltungsvorrang	
		2. Kein prinzipieller Anwendungsvorrang	243
		3. Regelmäßig Prüfungsvorrang	245
		4. Fazit	245
	Π.	Begründung der Vorrangentscheidung	245
		1. Keine logisch begründbare Vorrangentscheidung	246
		2. Keine normativ begründbare Vorrangentscheidung	247
		3. Regelmäßig pragmatisch begründbare Vorrangentscheidung	249
		a) Irrelevanzgebot	250
		b) Adäquanzgebot	250
		c) Transparenzgebot	251
		4. Fazit	
	III.	Regeln der Vorrangermittlung	252
		1. Normlogische Spezialität	253

XXIV Inhaltsverzeichnis

		a) Normlogische Spezialität zwischen Abwehrnormen	254
		aa) Besondere Abwehrnormen gegenüber	
		der allgemeinen Handlungsfreiheit	255
		bb) Besondere Abwehrnormen gegenüber	
		dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	255
		cc) Durchbrechung der normlogischen Spezialität	255
		b) Normlogische Spezialität zwischen Leistungsnormen	
		c) Normlogische Spezialität zwischen Gleichheitsnormen	
		d) Fazit	
		2. Normative Spezialität	
		a) Normative Spezialität bei gleichartiger Konkurrenz	259
		aa) Gleichartige Konkurrenz zwischen Abwehrnormen	
		(1) Konsumtion	
		(2) Basisgrundrecht und aufsitzendes Grundrecht	
		(3) Haupt- und Hilfsschutzgewährleistung	
		(4) Inhalts- und Ausübungsgrundrecht	
		(5) Zielrichtung des Eingriffs	
		bb) Gleichartige Konkurrenz zwischen Leistungsnormen	
		cc) Gleichartige Konkurrenz zwischen Gleichheitsnormen	
		b) Normative Spezialität bei unleichartiger Konkurrenz	
		zwischen Freiheits- und Gleichheitsnormen	264
		3. Fazit	
	IV.	Fazit	
C		sammenwirken von Grundrechtsnormen	
<u> </u>	I.	Abwägungsverbund	
		Prinzipiell möglicher Abwägungsverbund	20,
		bei gleichartiger Konkurrenz	268
		Kein möglicher Abwägungsverbund	200
		bei ungleichartiger Konkurrenz	260
		Kritische Würdigung des Abwägungsverbundes	
		a) Unnötigkeit, Wortlautproblematik und Wertungswidersprüche	
		b) Strukturlosigkeit und Intransparenz	
		c) Mittelbare Vorrangentscheidung	
		d) Vermittelnde Lösung: Gesamtabwägung	
	II.	Einbeziehung objektiv-rechtlicher Gehalte	
	11.	Generelle Einbeziehungsmöglichkeit	
		Conkrete Einbeziehungsmöglichkeit	
	TTT	Fazit	
П		sammenfassung Kapitel 7	
D.	Zus	sammentassung Kapiter /	2/3
Ka	pite	l 8: Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit	277
A.	Koı	nsequenzen aus den grundrechtlichen Konkurrenzen	
		die konkurrenzdogmatische Qualität der Sprachenfreiheit	277
		Präzisierter konkurrenzdogmatischer Gewinn	

	Inhaltsverzeichnis XX	ΧV
	II. Unbedenklichkeit der Gleichordnung durch Prüfungsvorrang 2	278
B.	Gleichartige Konkurrenzrelationen der Sprachenfreiheit	
	I. Gleichartige Konkurrenzverhältnisse der Abwehrnormen	
	1. Spezialitätsrelationen der Abwehrnormen	
	a) Normlogische Spezialitätsverhältnisse	
	aa) Normlogische Spezialität der	
	kommunikationsbezogenen Verhaltensfreiheit	280
	bb) Normlogische Spezialität der	
	identitätsbezogenen Zustandsfreiheit	281
	cc) Keine normlogische Generalität der	
	kommunikationsbezogenen Verhaltensfreiheit	282
	(1) Keine Betroffenheit im Regelungsbereich 2	
	(2) Beliebigkeit logischer Spezialitätsrelationen	
	b) Normative Spezialitätsverhältnisse	
	aa) Normative Spezialitätsrelationen der	
	kommunikativen Verhaltensfreiheit	284
	(1) Konsumtion der Performanzfreiheit	
	(2) Performanzfreiheit als Basisgrundrecht	
	(3) Performanzfreiheit als Hauptschutzgegenstand	
	(a) Spracherwerb als Vorbereitungshandlung	
		287
	(4) Performanzfreiheit als Inhaltsrecht	
	(5) Objektive Eingriffszielrichtung:	.00
	formale Sprachverwendung	289
	bb) Keine normativen Spezialitätsfälle der	.07
	identitätsbezogenen Zustandsfreiheit	91
	c) Fazit	
	2. Verhältnisse einer Idealkonkurrenz der Abwehrnormen	
	a) Idealkonkurrenz zwischen den	.,_
	sprachenfreiheitlichen Abwehrnormen	92
	aa) § 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG	
	bb) Art. 3 S. 2 lit. a) SprVGTR	
	b) Idealkonkurrenz zwischen Performanzfreiheit und	.,,
	zustandsbezogenen Grundrechtsgewährleistungen	94
	aa) Anhalten von Anstaltspost	
	(1) Grundsatz: Idealkonkurrenz	
	(2) Besonderheit des § 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzG NRW 2	
	bb) Fallgruppen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	
	(1) Recht am gesprochenen Wort	
	\ / B 1	298
	•	299
	· · ·	<u> 2</u> 99
	Normlogische Spezialität zu einer allgemeinen Leistungsnorm 3	
	Normlogische Spezialität zu Grundrecht auf Bildung	

	Ш	Fazit	301
C		gleichartige Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit	
О.	I.	Normative Spezialitätsrelation zu Art. 3 Abs. 1 GG	
	II.	Idealkonkurrenz zu Art. 3 Abs. 3 S. 1 Var. 4 GG	
		Kommunikationsbezogene Verhaltensfreiheit und	202
		Diskriminierungsverbot wegen der Sprache	303
		Identitätsbezogene Zustandsfreiheit und	505
		Diskriminierungsverbot wegen der Sprache	304
		3. Leistungsnorm der Sprachenfreiheit und	501
		Diskriminierungsverbot wegen der Sprache	305
D	Zus	sammenfassung Kapitel 8	
٠.		anning suppose of the	200
Zu	sami	menfassung Teil III	309
		•	
Te	il IV	7: Anwendungsdogmatik der Sprachenfreiheit	311
		l 9: Vorschriften der deutschen Rechtsordnung am Maßstab	
		rachenfreiheit	
A.	§ 23	3 VwVfG (Amtssprache)	313
	Ĭ.	Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
		1. Kein Eingriff in die Sprachenfreiheit der Staatsbediensteten	314
		a) Keine Verkürzung der Sprech- oder Gebärdenfreiheit	
		b) Kein Eingriff in die Schreibfreiheit	
		2. Eingriff in die Sprachenfreiheit der Rechtsunterworfenen	
		a) Eingriff in die Schreibfreiheit durch	
		statuierte Ermessensoptionen	316
		b) Keine Verkürzung der negativen Schreibfreiheit	317
	II.	Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	317
		1. Formelle Verfassungsmäßigkeit	318
		a) Gesetzgebungskompetenz	318
		b) Zitiergebot	319
		2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	
		a) Eignung und Erforderlichkeit	320
		b) Angemessenheit	321
		aa) Zweckvorteil	321
		bb) Nachteilsbewertung für die Sprachenfreiheit	322
		cc) Abwägung	322
		(1) Verletzung des Art. 1 Abs. 1 GG	
		(2) Grundrechtskonforme Auslegung	
	III.	Fazit	
B.	§§1	84 ff. GVG (Gerichtssprache)	324
	Ĭ.	Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
		1 Kein Eingriff in die Sprachenfreiheit der Staatsbediensteten	

	2. Eingriff in die Sprachenfreiheit der Rechtsunterworfenen	326
	a) Eingriff in die Sprech- und Gebärdenfreiheit i. V. m.	227
	Regelungen zur Kostentragungspflicht	
	aa) Keine Kostenlast im Strafprozess	321
	bb) Eingriff durch Kostentragungsregelungen für	225
	Verfahren anderer Gerichtsbarkeiten	
	b) Eingriff in die Schreibfreiheit	
	aa) Eingriff durch gerichtliches Umsetzungsermessen	
	bb) Ausnahme für blinde oder sehbehinderte Menschen	
	cc) Ausnahme für Angehörige der sorbischen Minderheit	
	II. Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	
	1. Eignung und Erforderlichkeit	
	2. Angemessenheit	
	a) Angemessenheit der gesetzlichen Regelungen	
	aa) Zweckvorteile	
	bb) Nachteilsbewertung für die Sprachenfreiheit	332
	(1) Nachteilsbewertung für die Sprech-	
	und die Gebärdenfreiheit	333
	(2) Nachteilsbewertung für die Schreibfreiheit	333
	cc) Abwägung	334
	b) Angemessenheit der Rechtsanwendung	334
	aa) Generelle Aufforderung zur Übersetzungsbeibringung	
	in angemessener Frist	334
	bb) Grundsätzliche Unbeachtlichkeit nach	
	unterbliebener Übersetzungsbeibringung	335
	cc) Einzelfallbezogene Übersetzungsverpflichtung	
	von Amts wegen	336
	III. Fazit	338
C.	§§185 ff. StGB (Beleidigungsverbot)	339
	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	339
	II. Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	340
	III. Fazit	
D.	§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW (Anstaltspost)	341
	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
	1. Eingriff in die positive Schreibfreiheit	
	2. Kein Eingriff in die negative Schreibfreiheit	
	3. Keine Verwirkung der Grundrechtsberechtigung	
	II. Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	
	1. Eignung und Erforderlichkeit	
	2. Angemessenheit	
	a) Angemessenheit der gesetzlichen Regelung	
	b) Angemessenheit der Rechtsanwendung	
	aa) Strafgefangener hat keine Kompetenz in deutscher Sprache	347
	,	/

Inhaltsverzeichnis

XXVII

		bb) Strafgefangener hat ausreichende Kompetenz	
		in deutscher Sprache – Adressat nicht	347
		cc) Strafgefangener und Adressat haben ausreichende	
		Kompetenz in deutscher Sprache	348
	III.	Fazit	
E.		Abs. 1 Nr. 6 StAG (Einbürgerung)	
	Ĭ.	Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
		1. Eingriff in die negative Performanzfreiheit der Ausländer	
		a) Eingriffsbewertung für die negative Sprech-,	
		Schreib- und Gebärdenfreiheit	351
		b) Materieller Eingriffsumfang für die negative Performanzfreiheit	
		2. Eingriff in die identitätsbezogene Zustandsfreiheit der Ausländer	
	II.	Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	
		Verfassungslegitimität von Zweck und Mittel	
		2. Eignung und Erforderlichkeit	
		3. Angemessenheit	
		a) Angemessener Nachteil für die negative Performanzfreiheit	
		b) Angemessener Nachteil für die sprachliche Identität	
	III.	Fazit	
F.	§ 4	LGG NRW (Geschlechtsneutrale Sprache)	356
	I.	Keine Eingriffsqualität für die Sprachenfreiheit	357
		Maßgebliche Verkürzung der	
		sprachenfreiheitlichen Gewährleistung	358
		2. Negative Rechtsfolgen für Zuwiderhandlungen	359
		3. Kein Persönlichkeitsbezug durch §4 S. 1, 3 und 4 LGGNRW	359
		4. Kein Persönlichkeitsbezug durch §4 S. 2 LGG NRW	360
	II.	Problembehaftetheit der materiellen Verfassungsmäßigkeit	361
		1. Bedenken bzgl. des Bestimmtheitsgebotes	361
		2. Bedenken bzgl. der Verhältnismäßigkeit	362
		a) Verfassungskonformität von Zweck und Mittel	
		b) Eignung zur Zweckerreichung?	
		Fazit	
G.	Ver	waltungsvorschriften zur Rechtschreibreform	
	I.	Staatliche Regelungskompetenz	
	II.	Keine Beachtungsnotwendigkeit des Parlamentsvorbehalts	
	III.	Keine Eingriffsqulität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
		1. Kein Eingriff in die Sprachenfreiheit der Rechtsunterworfenen	
		a) Kein unmittelbarer Eingriff in die Performanzfreiheit	
		b) Kein mittelbarer Eingriff in die Performanzfreiheit	
		c) Kein Eingriff in die Integrität der sprachlichen Identität	
		2. Kein Eingriff in die Sprachenfreiheit der Staatsbediensteten	
		3. Kein Eingriff in die Sprachenfreiheit der Schüler	
		a) Kein Eingriff in die Performanzfreiheit	
		b) Kein Eingriff in die sprachliche Identität	371

	Inhaltsverzeichnis X	XIX
H.	IV. Fazit	
	pitel 10: Hypothetische Vorschriften der deutschen Rechtsordnung n Maβstab der Sprachenfreiheit	375
	Art. 2 S.1 SprVG TR (Performanzverbot)	
A.		
	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit 1. Eingriff in die Performanzfreiheit	
	Eingriff in die Ferformanzheinen Eingriff in die Integrität der sprachlichen Idenität	
	II. Verletzung des Wesensgehaltes der Sprachenfreiheit	
	Naterielle Betroffenheit sämtlicher Produktionsformen	
	Subjektive Betroffenheit zahlreicher erstsprachlicher Kompetenzen	
	3. Situative Betroffenheit sämtlicher Lebensbereiche	
	III. Fazit	
R	Art. 3 S.1 SprVG TR (Kompetenzfestlegung)	
D .	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
	Enigrinsquantat für den Schädzschein der Sprächenmenter: Kein unmittelbarer Eingriff in die	300
	sprachenfreiheitliche Gewährleistung	381
	2. Mittelbarer Eingriff in die sprachenfreiheitliche Gewährleistung	
	II. Materielle Verfassungswidrigkeit der Vorschrift	
	III. Fazit	
C.	Art. 3 S. 2 lit. a) SprVG TR (Tradierungsverbot)	
	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	
	1. Eingriff in die Performanzfreiheit	
	2. Eingriff in die Integrität der sprachlichen Identität	
	II. Verletzung des Wesensgehaltes der Sprachenfreiheit	386
	III. Fazit	387
D.	Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR (Performanzverbot Versammlungen)	387
	I. Eingriffsqualität für den Schutzbereich der Sprachenfreiheit	388
	II. Keine verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	
	1. Verfassungsmäßigkeit des eingesetzen Mittels	
	2. Keine Erforderlichkeit	
	III. Fazit	
E.	Verwaltungsvorschriften zur Schulhofsprache Deutsch	
	I. Beachtung und Einhaltung des Parlamentsvorbehalts	
	II. Eingriffsqualität für die Sprachenfreiheit	
	III. Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung	
	1. Keine Verletzung des Wesensgehaltes der Sprachenfreiheit	
	2. Verfassungsmäßigkeit von Zweck und Mittel	
	3. Eignung und Erforderlichkeit	
	4. Angemessenheit	397
_	III. Fazit	
F.	Zusammenfassung Kapitel 10	399

Zusammen	fassung Teil IV
Teil V: Sy	rnopse der Arbeit und ihrer Thesen
Teil I: Spra	che als Kulturgut zwischen Bürger und Staat
Kapitel 1:	Das Kulturgut Sprache
Kapitel 2: Kapitel 3:	Bedeutung des Kulturgutes für Bürger und Staat
Teil II: Dog	gmatische Grundlagen der Sprachenfreiheit 400
Kapitel 4:	Gewährleistungsgehalt der Sprachenfreiheit
Kapitel 5: Kapitel 6:	Grundgesetzliche Dogmatik der Sprachenfreiheit
1	als unbenanntes Grundrecht
Teil III: Ko	nkurrenzdogmatik der Sprachenfreiheit410
Kapitel 7:	Grundrechtliche Konkurrenzen im Allgemeinen
Kapitel 8:	Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit 41
Teil IV: An	wendungsdogmatik der Sprachenfreiheit 412
Kapitel 9:	Vorschriften der deutschen Rechtsordnung
Kapitel 10:	Hypothetische Vorschriften der deutschen Rechtsordnung 413
Zusammeņ	fassungen/Abstracts415
	nenfassung
	ry 410
	§
	en
E. Somma	rio
Literaturve	rzeichnis
	verzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A Republik Österreich (Austria)

a. a. O. am angegebenen Ort

ABl. Amtsblatt

ABl. TR Amtsblatt der Republik Türkei

Abs. Absatz

AEMR Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

AGB Allgemeine Geschäftsbedingungen

AJP Aktuelle Juristische Praxis
AL Republik Albanien
AM Republik Armenien
AND Fürstentum Andorra

AnwBl. Anwaltsblatt

AöR Archiv des öffentlichen Rechts

ARSP Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie

Art. Artikel

ASchOSL Allgemeine Schulordnung Saarland

ASL American Sign Language

AsylG Asylgesetz

AsylVfG Asylverfahrensgesetz AufenthalG Aufenthaltsgesetz AufenthG Aufenthaltsgesetz

Aufl. Auflage

AZ Republik Aserbaidschan (Azərbaycan Respublikası)

B Königreich Belgien
BAG Bundesarbeitsgericht
BaKo Basler Kommentar
BAnz Bundesanzeiger
Bay Freistaat Bayern

BayEUG Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

BayStVollzG Bayerisches Strafvollzugsgesetz

BayVwVfG Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz

BBB Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik

Bbg Land Brandenburg

BbgJVollzG Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz

BbgSchulG Brandenburgisches Schulgesetz

Bd. Band

BE Land Berlin

BeamtStG Beamtenstatusgesetz

BeckOK Beck'scher Online-Kommentar

Begr. Begründer/in

BeKo Berliner Kommentar BerHG Beratungshilfegesetz

Beschl. Beschluss

BG Republik Bulgarien BGB Bürgerliches Gesetzbuch

BGE Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

BGH Bundesgerichtshof Bgld Burgenland

Bgld L-VG Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes

BHO Bundeshaushaltsordnung BoKo Bonner Kommentar Brem Freie Hansestadt Bremen BremSchulG Bremisches Schulgesetz

BremSchVwG Bremisches Schulverwaltungsgesetz BremStVollzG Bremisches Strafvollzugsgesetz

BremVwVfG Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz

BSG Bundessozialgericht
BSL British Sign Language
bspw. beispielsweise
BT Deutscher Bundestag
BT-Drs. Bundestagsdrucksache

BT-PP Plenarprotokoll des Bundestages

BV Bundesverfassung

BV CH Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft v. 19.4.1999

BVA Bundesverwaltungsamt
BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerfGG Bundesverfassungsgerichtsgesetz BVerwG Bundesverwaltungsgericht

BVerwGE Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts

B-VG Bundes-Verfassungsgesetz

B-VG A Bundes-Verfassungsgesetz (der Republik Österreich) v. 1.10.1920

BW Land Baden-Württemberg BY Republik Belarus (Byelarus)

bzw. beziehungsweise

CCPR Covenant on Civil and Political Rights
CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands

CEoL Cambridge Encyclopedia of Language

CH Schweizerische Eidgenossenschaft (Confoederatio Helvetica)
CISG United Nations Convention on Contracts for the International

Sale of Goods

CY Republik Zypern (Cyprus)

CZ Tschechische Republik (Czech Republic)

Ders. Derselbe Dies. Dieselbe

DÖV Die öffentliche Verwaltung

Drs. Drucksache

DuD Datenschutz und Datensicherheit

DVB1. Deutsches Verwaltungsblatt

Е Königreich Spanien (Reino de España)

eingetragener Verein e.V.

ehd ebenda

ECRM Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Ed.

EGGVG Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz

EGZPO Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung

ehem. ehemalige/r

ehem. Hrsg. ehemalige/r Herausgeber/in

Einf. Einführung

EMRK Europäische Menschenrechtskonvention

EST Republik Estland

et alii, et aliae (und andere) et al.

etc. et cetera

EUEuropäische Union EuGH Europäischer Gerichtshof

EuGH-VerfO Verfahrensordnung des Gerichthofs der Europäischen Union

Europäische Grundrechte Zeitschrift EuGRZ

Zeitschrift Europarecht EuR

Vertrag über die Europäische Union EUV **EWG** Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

F Französische Republik

folgende

FamFG Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in

den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung

Framework Convention for the Protection of National Minorities **FCNM**

ff. folgende Finanzgericht FG

FGO Finanzgerichtsordnung FIN Republik Finnland Fürstentum Liechtenstein FL.

Fn. Fußnote

FPÖ Freiheitliche Partei Österreichs

FreizügG/EU Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern

Festschrift FS GBesch. Gerichtsbescheid GE Georgien

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Grundgesetz der Republik Estland v. 28.6.1992 GG EST

GG FIN Grundgesetz Finnlands v. 11.6.1999 GG H Grundgesetz Ungarns v. 25.4.2011

Grundgesetz der Republik Lettland v. 15.2.1922 GG LV

Gerichtskostengesetz **GKG**

Hellenische Republik (Griechenland) GR

Grundrechtecharta GRCh

GRCh CZ Grundrechtecharta der Tschechischen Republik (Charta of Fundamental

Rights and Freedoms of the Czech Republic) v. 16.12.1992

GRChEU Charta der Grundrechte der Europäischen Union

GS Gedächtnisschrift

GVBl. Gesetzes- und Verordnungsblatt GVG Gerichtsverfassungsgesetz H Ungarn (Hungaria), Land Hessen

HbdGR Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa HbdStR Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland

HbEuR Handbuch Europarecht
HbSiR Handbuch Sprache im Recht

HdlEU Handlexikon der Europäischen Union

HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz Hmb Freie und Hansestadt Hamburg

HmbGVBl. Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

HmbSG Hamburgisches Schulgesetz

HmbStVollzG Hamburgisches Strafvollzugsgesetz

HmbVwVfG Hamburgisches Verwaltungsverfahrensgesetz HR Republik Kroatien (Republika Hrvatska)

Hrsg. Herausgeber/in

HSchulG Hessisches Schulgesetz HStVollzG Hessisches Strafvollzugsgesetz

HVwVfG Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz

I Italienische Republik
i. e. S. im engeren Sinne
i. S. d. im Sinne der/des
i. S. v. im Sinne von/vom
i. V. m. in Verbindung mit
i. w. S. im weiteren Sinne
i. E. im Ergebnis

i. S. e. im Sinne eines/einer

InfAuslR Informationsbrief Ausländerrecht

insbes. insbesondere

IPbpR Internationaler Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte IPwskR Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

IRL Irland

ISL Irish Sign Language

JbAWGö Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

JCS Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften JORF Journal Officiel de la République Française

(Amtsblatt der Französischen Republik)

JR Juristische Rundschau Jura Juristische Ausbildung

JuS Juristische Schulung. Zeitschrift für Studium und

praktische Ausbildung

JVEG Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz JVollzGBBW Justizvollzugsgesetzbuch Baden-Württemberg JVollzGBLSA Justizvollzugsgesetzbuch Sachsen-Anhalt

JZ Juristenzeitung

KaKo Karlsruher Kommentar

Kap. Kapitel

KRK UN-Kinderrechtskonvention LAG Landesarbeitsgericht

Lang. Language

LDG NRW Landesdisziplinargesetz Nordrhein-Westfalen

LdS Lexikon der Sprachwissenschaft

LEA Lingüística española actual (aktuelle spanische Linguistik)

LGG Landesgleichstellungsgesetz

LGG Bbg Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen

Dienst im Land Brandenburg

LGG NRW Landesgleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen

LGG SL Landesgleichstellungsgesetz Saarland LGL Lexikon der Germanistischen Linguistik

lit. litera (Buchstabe)

LJVollzGRP Landesjustizvollzugsgesetz Rheinland-Pfalz

LSA Land Sachsen-Anhalt

LSF Langue des Signes Française

LSG Landessozialgericht

LStVollzGSH Landesstrafvollzugsgesetz Schleswig-Holstein

LT Republik Litauen

LV Republik Lettland (Latvijas Republika)

LVwG SH Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein

(Landesverwaltungsgesetz)

LVwVfG BW Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg

(Landesverwaltungsverfahrensgesetz)

LVwVfG RP Gesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz

(Landesverwaltungsverfahrensgesetz)

M Republik Malta

m. z. N. mit zahlreichen Nachweisen m. e. Bsp. mit einigen Beispielen m. w. Bsp. mit weiteren Beispielen m. w. N. mit weiteren Nachweisen

MBJS Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

MBWFK Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

MC Fürstentum Monaco MD Republik Moldau

MDR Monatsschrift für Deutsches Recht

MK Republik Mazedonien (Republika Makedonija)

MLS Metzler Lexikon Sprache

MNE Montenegro MSpr. Muttersprache

MüKo Münchener Kommentar

M-V Land Mecklenburg-Vorpommern

N Königreich Norwegen, Land Niedersachsen

NBl. Nachrichtenblatt

NJVollzG Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz

NJW Neue Juristische Wochenschrift

Nr. Nummer, Nummer

NRW Land Nordrhein-Westfalen NSchG Niedersächsisches Schulgesetz NStZ Neue Zeitschrift für Strafrecht NTfS Norsk Tidsskrift for Sprogvidenskap

(Norwegische Zeitschrift für Sprachwissenschaft)

NVwVfG Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz

OBST Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie

OLG Oberlandesgericht
OVG Oberverwaltungsgericht
ÖVP Österreichische Volkspartei
P Portugiesische Republik

PartG Parteiengesetz

PartG TR Parteiengesetz der Republik Türkei

PhJ Philosophisches Jahrbuch

PL Republik Polen

POR Polizei- und Ordnungsrecht

RdErl. Runderlass RdSchr. Rundschreiben

RF S Gesetz über die Regierungsform des Königreich Schwedens

v. 28.2.1974

Rn. Randnummer/n
RO Rumänien (România)
RP Land Rheinland-Pfalz
RR Rechtsprechungsreport
RStV Rundfunkstaatsvertrag
RUS Russische Föderation
S Königreich Schweden

S. Satz, Seite

SächsSchulG Sächsisches Schulgesetz SächsStVollzG Sächsisches Strafvollzugsgesetz

SächsVerf Verfassung des Freistaates Sachsen v. 27.5.1992 SächsVwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz für den Freistaat Sachsen

SchGBW Schulgesetz für Baden-Württemberg SchoG SL Schulordnungsgesetz Saarland SchulG BE Schulgesetz für das Land Berlin

SchulG NRW Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

SchulG RP Schulgesetz Rheinland-Pfalz

SchulG SH Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz

SchulGM-V Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern

SchumGSL Schulmitbestimmungsgesetz Saarland

SGG Sozialgerichtsgesetz
SH Land Schleswig Holstein
SK Slowakische Republik

SL Saarland

SLO Republik Slowenien

SLStVollzG Saarländisches Strafvollzugsgesetz

SMS Short Message Service

Soc. Sociolinguistica – Internationales Jahrbuch

für Europäische Soziolinguistik

SprVG Sprachenverbotsgesetz

SprVG TR Sprachenverbotsgesetz der Republik Türkei

(Sondergesetz Nr. 2932) v. 19.10.1983

Spstr. Spiegelstrich SRB Republik Serbien

St. Sankt

St. GaKo St. Galler Kommentar StAG Staatsangehörigkeitsgesetz

StGB Strafgesetzbuch StPO Strafprozessordnung

StV Wien Staatsvertrag von Wien v. 15.5.1955

StVollzG M-V Strafvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern

StVollzGBE Berliner Strafvollzugsgesetz

StVollzGNRW Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen SVwVfG Saarländisches Verwaltungsverfahrensgesetz

Tbd. Teilband

Thür Freistaat Thüringen

ThürGleichstG Thüringer Gleichstellungsgesetz ThürJVollzGB Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch

ThürSchulG Thüringer Schulgesetz

ThürVwVfG Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz

TR Republik Türkei UA Ukraine

UAbs. Unterabsatz
UKLaG Unterlassungsklagengesetz

UNO United Nations Organization

v. vor, vom, von Var. Variante

VBD Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung

VereinsG Vereinsgesetz

VereinsG TR Vereinsgesetz der Republik Türkei

Verf Verfassung

Verf AL Verfassung der Republik Albanien v. 22.11.1998
Verf AM Verfassung der Republik Armenien v. 5.7.1995
Verf AND Verfassung des Fürstentums von Andorra v. 28.4.1993
Verf AZ Verfassung der Republik Aserbaidschan v. 12.11.1995
Verf B Verfassung des Königreichs Belgien v. 7.2.1832

Verf Bay Verfassung des Freistaates Bayern

Verf Bbg Verfassung des Landes Brandenburg v. 20.8.1992
Verf BG Verfassung der Republik Bulgarien v. 12.7.1991
Verf BY Verfassung der Republik Belarus v. 15.3.1994
Verf CY Verfassung der Republik Zypern v. 6.4.1960
Verf E Verfassung des Königreichs Spanien v. 29.12.1978
Verf F Verfassung der Französischen Republik v. 4.10.1958
Verf FL Verfassung des Fürstentums Liechtenstein v. 5.10.1921

Verf GE Verfassung Georgiens v. 24.8.1995

Verf GR Verfassung der Griechischen Republik v. 9.6.1975 Verf HR Verfassung der Republik Kroatien v. 21.12.1990 Verf I Verfassung der Italienischen Republik v. 27.12.1947

Verf IRL Verfassung Irlands v. 1.7.1937

Verf LTVerfassung der Republik Litauen v. 25.10.1992Verf MVerfassung der Republik Malta v. 21.9.1964Verf MCVerfassung des Fürstentums Monaco v. 17.12.1962Verf MDVerfassung der Republik Moldau v. 29.7.1994Verf MKVerfassung der Republik Mazedonien v. 17.11.1991

Verf MNE Verfassung von Montenegro v. 12.10.1992

Verf N Verfassung des Königreichs Norwegen v. 4.11.1814 Verf P Verfassung der Portugiesischen Republik v. 2.4.1976 Verf PL Verfassung der Polnischen Republik v. 2.4.1997

Verf RO Verfassung Rumäniens v. 21.11.1991

Verf RUS
Verfassung der Russischen Föderation v. 12.12.1993
Verf SH
Verfassung des Landes Schleswig-Holstein v. 2.12.2014
Verf SK
Verfassung der Slowakischen Republik v. 1.9.1992
Verf SLO
Verfassung der Republik Slowenien v. 23.12.1991
Verf SRB
Verfassung der Republik Serbien v. 28.9.1990
Verf TR
Verfassung der Republik Türkei v. 7.11.1982

Verf UA Verfassung der Ukraine v. 28.6.1996

VerfO Verfahrensordnung VG Verwaltungsgericht VGH Verwaltungsgerichtshof

VGH BW Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg

vgl. vergleiche
VO Verordnung
Vorb. Vorbemerkungen

VVDStRL Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

VwGO Verwaltungsgerichtsordnung VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz

VwVfG BE Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung

VwVfG LSA Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Sachsen-Anhalt

VwVfG M-V Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetz des

Landes Mecklenburg-Vorpommern

VwVfG NRW Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

VwVfGBbg Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg

VwVG Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz VwZG Verwaltungszustellungsgesetz

WRV Verfassung des Deutschen Reiches (Weimarer Reichsverfassung)

WWW World Wide Web z. B. zum Beispiel

ZaöRV Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht ZBl Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht

ZEuS Zeitschrift für Europarechtliche Studien

ZfK Zeitschrift für Katalanistik

ZfsSGK Zeitschrift für sorbische Sprache, Geschichte und Kultur

ZG Zeitschrift für Gesetzgebung ZPO Zivilprozessordnung

Zi O Ziviipiozessoruliulig

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

ZSR Zeitschrift für Schweizerisches Recht

ZStW Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft ZUMA Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen "Wie es das unvergängliche Verdienst des philosophischen achtzehnten Jahrhunderts ist, der Gewissensfreiheit in den civilisirten Staaten zum Siege verholfen zu haben, so wird das zwanzigste Jahrhundert die Sache der Sprachenfreiheit auf seine Fahne schreiben."¹

Einleitung

Die Sprache nimmt in der zwischenmenschlichen Kommunikation unbestreitbar eine entscheidende Rolle ein: In ihr teilen wir unsere Gedanken mit anderen, treffen Verabredungen, diskutieren, loben, fluchen, verhandeln, streiten, machen Komplimente, verfassen Gedichte oder singen Lieder. Wer einmal versucht hat, mit einem Menschen auch nur wenige alltägliche Informationen auszutauschen, ohne dass man mit diesem eine gemeinsame Sprachkompetenz teilt, wird die Leistungsfähigkeit der menschlichen Sprache nie wieder unterschätzen.

Fast alle Menschen verfügen über eine Kompetenz in mindestens einer Sprache. Einige beherrschen auch mehrere – zuweilen sogar gleichermaßen versiert. Sprachlich am leistungsfähigsten ist jeder hierbei in seiner Erstsprache.² Wer sich dieser Sprache nicht bedienen kann oder darf, ist kommunikativ wie sozial im Nachteil – je nach Ausgestaltung der Beeinträchtigung ggf. sogar ganz erheblich. An dieser Stelle setzt die Idee der Sprachenfreiheit an. Durch sie wird allgemein gewährleistet, dass jeder seine Sprache grundsätzlich frei von staatlichen Einschränkungen nach eigenem Belieben verwenden darf.

Im Grundgesetz ist ein Grundrecht der Sprachenfreiheit textlich nicht ausdrücklich garantiert. Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich zu einer möglicherweise implizit gewährleisteten Sprachenfreiheit bislang bedeckt gehal-

¹ Reinhold, Sprachenfreiheit, S. 12 f.

² Die Erstsprache ist *qua definitionem* diejenige Sprache, in welcher ein Mensch sprachlich am besten kommunizieren kann. Die Bezeichnung *Erstsprache* vermeidet negative Konnotationen der frühen Literatur zur Mehrsprachigkeit im Hinblick auf die Bezeichnung *Muttersprache* und trägt zudem dem Phänomen Rechnung, dass das dominierende Sprachsystem eines Menschen im Laufe des Lebens wechseln kann. Siehe zum Ganzen *Andresen*, in: Glück/Rödel (Hrsg.), MLS, – Erstsprache –, S. 185. Daher wird im Folgenden die Bezeichnung *Muttersprache* weitgehend vermieden und durch *Erstsprache* ersetzt. *Muttersprache* wird nur verwendet, wenn dieser Terminus in einer zitierten Quelle zu finden ist. Alle weiteren beherrschten Sprachsysteme werden allgemein als *Zweitsprachen* bezeichnet. Eine abgestufte Differenzierung etwa zwischen Dritt-, Viert- und Fünftsprachen findet hingegen nicht statt. Siehe dazu exemplarisch *Andresen*, in: Glück/Rödel (Hrsg.), MLS, – Zweitsprache –, S. 791.

ten.³ Schaut man indes über den rechtswissenschaftlichen Tellerrand der bundesdeutschen Rechtsordnung hinaus, so lässt sich insbesondere für die Schweizerische Eidgenossenschaft eine insoweit bemerkenswerte Verfassungsentwicklung beobachten. Dort wurde die Sprachenfreiheit als unbenanntes Grundrecht bereits im Jahre 1965 höchstrichterlich durch das Schweizer Bundesgericht anerkannt⁴ und in der Folge kontinuierlich bestätigt⁵. Parallel dazu wurde diese Innominatfreiheit in der eidgenössischen Fachliteratur über viele Jahre hinweg kontrovers diskutiert⁶ und schließlich – nach der Totalrevision der Bundesverfassung vom 18. April 1999 – im heutigen Art. 18 BV CH kodifiziert.⁷ Das einleitende Zitat hat sich somit bezogen auf die Schweizerische Eidgenossenschaft inzwischen nachhaltig bewahrheitet.

Auch wenn im wissenschaftlichen Diskurs des Deutschen Reiches bereits beim Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert nachdrücklich für die Anerken-

³ Lediglich in der Entscheidung zur Rechtschreibreform (BVerfGE 98, 218) werden einige Aspekte der Sprachenfreiheit zumindest angedeutet. So wird anerkannt, dass Bürger grundsätzlich frei über ihre Rechtschreibung entscheiden können (262): "Personen außerhalb [des Bereichs der Schulen] sind rechtlich nicht gehalten, die neuen Rechtschreibregeln zu beachten und die reformierte Schreibung zu verwenden. Sie sind vielmehr frei, wie bisher zu schreiben." Mögliche grundrechtliche Anknüpfungspunkte der Sprachenfreiheit werden zwar implizit genannt, jedoch wird das betroffene Grundrecht offengelassen (261): "Im übrigen kann offenbleiben, ob das allgemeine Freiheitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG oder das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG dem Einzelnen einen Aspruch darauf gewährt, weiterhin so schreiben zu dürfen, wie dies bisheriger Übung der Schreibgemeinschaft entspricht."

⁴ Urteil v. 31. März 1965 – Association de l'Ecole française und Mitbeteiligte gegen Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons Zürich. BGE 91 I, 480 (485): "Die Sprachenfreiheit gehört [...] zu den ungeschriebenen Freiheitsrechten der BV". Zur Bewertung und Analyse der frühen bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur Sprachenfreiheit siehe auch *Haeflinger*, in: FS-Zwahlen, 77 (1977).

⁵ Bspw. in BGE 100 Ia, 462 (465); 106 Ia, 299 (302); 121 I, 196 (198); 122 I, 236 (238). ⁶ Grundlegend *Marti-Rolli*, Liberté de la Langue (1978). Exemplarisch für die Diskusion vor der Verfassungsreform *Saladin*, Grundrechte im Wandel, S. 86 ff. (1970); *Viletta*, pp. 771 1081 1032 (206 ff.); Moyand in FS Gried 161 (1083); *Thüun* in 771 1084 241

sion vor der Verfassungsreform *Saladin*, Grundrechte im Wandel, S. 86 ff. (1970); *Viletta*, in: ZBI 1981, 193 (206 ff.); *Morand*, in: FS-Grisel, 161 (1983); *Thürer*, in: ZBI 1984, 241 (242 ff.); *Rossinelli*, in: ZSR 108/I (1989), 163 (177 ff.); *Auer*, in: AJP 1992, 955; *Morand*, in: ZSR 112/I (1993), 11 (12 ff.); *Biaggini*, in: recht 1997, 112 (jeweils m. w. N.).

⁷ In der deutschen Sprachfassung: "Die Sprachenfreiheit ist gewährleistet."; in der französischen: "La liberté de la langue est garantie."; in der italienischen: "La libertà di lingua è garantita." Für den Diskurs nach der Verfassungsrevision bspw. Kayser/Richter, in: ZaöRV 59 (1999), 985 (1005 ff.); Borghi, in: Thürer et al. (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, § 38 (2001); Hördegen, in: AJP 2003, 768; Richter, Sprachenordnung, S. 209 ff. (2005); Guckelberger, in: ZBI 2005, 609 (614 ff.); Fleiner, in: HbdGR VII/2, § 217 (2007). Im Überblick zur Entwicklung der rechtswissenschaftlichen Diskussion Kägi-Diener, in: St. GaKo, Art. 18 BV CH. Allgemein zum Sprachenrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft auch Guckelberger, in: ZBI 2005, 609; Borghi, in: Thürer et al. (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, § 37 (2001); Richter, in: Frowein et al. (Hrsg.), Minderheitenrecht I, 308. Auch andere europäische Verfassungstexte sehen ihrem Wortlaut nach ein solches subjektives Recht vor: etwa Art. 30 Verf B (Freier Gebrauch der in Belgien gesprochenen Sprachen); Art. 50 Abs. 3 S. 1 Verf BY (Wahl der Kommunikationssprache) und Art. 26 Abs. 2 Verf RUS (Wahl der Kommunikationssprache).

nung einer allgemeinen Sprachenfreiheit eingetreten wurde,⁸ hat dieses seit geraumer Zeit bestehende Ansinnen lange keinen spürbaren Widerhall in der deutschen Jurisprudenz gefunden.⁹ Erst nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des 20. und dann zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Idee wieder stärker in den Fokus der rechtswissenschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt.¹⁰

Allen Beiträgen ist hierbei gemein, dass die allgemeine Anerkennung der Sprachenfreiheit für das Grundgesetz nachdrücklich gefordert bzw. als wesentliches Desiderat der Verfassungsrechtslehre gesehen wird. Maßgebliche Unterschiede finden sich zwischen den jüngeren Beiträgen vor allem im Hinblick darauf, woraus sich eine solche Grundrechtsgewährleistung ergeben soll. Auch wenn die Beiträge für sich betrachtet diesbezüglich nicht immer eine eindeutige Position erkennen lassen, so können doch im Wesentlichen sechs unterschiedliche Ansätze differenziert werden: eine Gewährleistung allein durch die allgemeine Handlungsfreiheit in Art. 2 Abs. 1 GG (1), durch die allgemeine

⁸ Reinhold, Sprachenfreiheit (1891) propagiert in seiner heute pathetisch anmutenden Streitschrift (21 Seiten) die (vorwiegend völkerrechtliche) Anerkennung einer Sprachenfreiheit. Rechtlich sollte sich diese als Summe zahlreicher Minderheitenrechte darstellen, die etwa bezogen waren auf die Anerkennung von Minderheitensprachen als Unterrichts-, kommunale Amts- oder kommunale Gerichtssprachen; dazu Reinhold, Sprachenfreiheit, S. 18 ff. Hubrich, Sprachenfreiheit (1903) thematisiert hingegen lediglich die Verwendungsmöglichkeit der polnischen Sprache im Deutschen Reich – vorwiegend bezogen auf öffentliche Versammlungen.

⁹ Für einen Abriss über die Entwicklungsgeschichte des Verhältnisses von Recht und Sprache auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland siehe *Hattenhauer*, Rechts- und Gesetzessprache (1987). Zu den generellen Implikationen zwischen Recht und Sprache etwa *P. Kirchhof*, in: JbAWGö, 205 (2009); *Ders.*, in: GS-Klein, 277 (1977); *F. Müller*, Recht/Sprache (1975).

¹⁰ Z. B. Tinnefeld, Schutz der Sprache (1967); Lässig, Gerichts- und Amtssprache, S. 60 ff., 90 f. (1980); P. Kirchhof, in: HbdStR I (1987), §18, Rn. 13 ff.; 58 ff.; Häberle, in: FS-Pedrazzini, 105 (120 ff.) (1990); Mäder, in: JuS 2000, 1150 (1151); Langenfeld, Kulturelle Identität, S. 336 f. (2001); P. Kirchhof, in: HbdStR II (2004), §20, Rn. 17 ff.; 114 ff. (aktualisierter Beitrag von 1987); Dietrich, in: ARSP 90 (2004), 1 (7 ff.); Kahl, in: VVDStRL 65 (2006), 386 (395 ff.); Ders., in: JuS 2007, 201; Fleiner, in: HbdGR VII/2, §217 (2007); S. Liu, in: X. Liu/Neumann (Hrsg.), Gerechtigkeit, 105 (106 ff.) (2011). Aus zivilrechtlicher Perspektive auch Dreiβigacker, Sprachenfreiheit im Verbrauchervertragsrecht (2002).

¹¹ Besonders deutlich: Schweizer, in: VVDStRL 65 (2006), 346 (370 ff.): "Wir haben daher nach all den Veränderungen der letzten Jahrzehnte heute die dringende Pflicht, unsere staatlichen Sprachenordnungen zu überprüfen. Der erste Schritt dazu ist, dass wir nicht nur von der Existenz eines Grundrechts auf Sprachenfreiheit ausgehen, sondern auch diesem ein weiteres Verständnis zu Grunde legen. [...] Zusammenfassend bin ich der Auffassung, dass die Freiheit der Sprache als ein spezifisches, eingenständiges Grund- und Menschenrecht mit einem breiten Schutzbereich anerkannt werden muss, das nicht so sehr ein Aspekt der Kommunikationsfreiheit, sondern vor allem ein wichtiger Teil des verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutzes ist." Exemplarisch ebenfalls Häberle, in: FS-Pedrazzini, 105 (125): "[S]ie [die Sprachenfreiheit] ist von der Verfassungslehre als solches zu erarbeiten."; S. Liu, in: X. Liu/Neumann (Hrsg.), Gerechtigkeit, 105 (106): "Sprachenfreiheit verdient mehr rechtswissenschaftliche Aufmerksamkeit und ist als Grundrecht anerkannt."

¹² Dietrich, in: ARSP 90, 1 (8): "Die ungehinderte Sprachwahl und Sprachausübung in der

Handlungsfreiheit i. V. m. der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG (2), ¹³ durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (3), ¹⁴ durch die allgemeine Handlungsfreiheit (aktiver Sprachgebrauch) sowie das allgemeine Persönlichkeitsrecht (passive Sprachkompetenz) (4), ¹⁵ durch das Diskriminierungsverbot wegen der Sprache in Art. 3 Abs. 3 S. 1 Var. 4 GG (5) ¹⁶ oder durch die Meinungsfreiheit in Art. 5 Abs. 1 GG (6) ¹⁷. Als Argument für die Geltung der Sprachenfreiheit wird zudem vielfach die Freiheit der Sprache als Grundbedingung zur Verwirklichung anderer Grundrechtspositionen betont ¹⁸ oder eine besondere Nähe zur Menschenwürde ¹⁹.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen wesentlichen Beitrag zur grundgesetzlichen Dogmatik eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Dazu werden zunächst interdisziplinär die sprachwissenschaftlichen Erkenntnisse der Linguistik für die rechtswissenschaftliche Literatur fruchtbar gemacht, um hierdurch sowohl eine terminologische als auch argumentative Grundlage für die weitere Untersuchung zu schaffen (TeilI). Ein besonderer Schwerpunkt dieses Teils liegt dabei zum einen auf der präzisen Bestimmung des Kulturgutes Sprache (Kap.1)

Privatsphäre lässt sich aber als Bestandteil des durch Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz (GG) garantierten Rechts auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit begreifen."

- ¹³ Lässig, Gerichts- und Amtssprache, S. 60 f.: "Wird einem Menschen verwehrt, seine Gedanken und Empfindungen in der ihm vertrauten Muttersprache zu äußern, so wird er in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit beeinträchtigt und in seiner Menschenwürde angetastet".
- ¹⁴ Kahl, in: VVDStRL 65 (2006), 386 (395 f.): "In Deutschland ergibt sich [...] als Teilausprägung aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht [...] ein Grundrecht auf Sprachenfreiheit als Innominatfreiheitsrecht." So auch *Ders.*, in: JuS 2007, 201; ähnlich *P. Kirchhof*, in: HbdStR I (1987), §18, Rn. 14; 58; *Ders.*, in: HbdStR II (2004), § 20, Rn. 18; 114.
- Langenfeld, Kulturelle Identität, S. 337: "Auch ist sie [die Sprachenfreiheit] Bestandteil des in den Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG gewährleisteten Schutzes der Privatsphäre [...] und der allgemeinen Handlungsfreiheit, die die individuelle Entfaltungsfreiheit schützt."
- ¹⁶ Tinnefeld, Schutz der Sprache, S. 69: "Soweit zur Verwirklichung der im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte eine Sprachenfreiheit Voraussetzung ist, ist sie [...] allen Bürgern ausdrücklich durch Art. 3 Abs. 3 GG verbürgt." Ähnlich auch *Häberle*, in: FS-Pedrazzini, 105 (122): "Sprachenfreiheit als individuelles Grundrecht erwächst [...] aus dem Diskriminierungsverbot".
- ¹⁷ So anscheinend *Gusy*, in: v. Mangoldt et al. (Hrsg.), Art. 10 GG, Rn. 66: "Dieser [Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG] enthält auch das Recht auf freie Wahl der Sprachen [...], welcher man sich zur Vermittlung von Kommunikation bedient."
- ¹⁸ Vgl. Langenfeld, Kulturelle Identität, S. 337; Tinnefeld, Schutz der Sprache, S. 69; P. Kirchhof, in: HbdStR I (1987), §18, Rn. 14; 58; Ders., in: HbdStR II (2004), §20, Rn. 18; 114. Derart argumentierte auch das Schweizer Bundesgericht in seiner Entscheidung zur Anerkennung der Sprachenfreiheit (BGE 91 I 480 [486]): "[D]ie Sprachenfreiheit [ist], das heisst die Befugnis zum Gebrauch der Muttersprache, eine wesentliche, ja bis zu einem gewissen Grade notwendige Voraussetzung für die Ausübung anderer Freiheitsrechte".
- ¹⁹ Z. B.: Tinnefeld, Schutz der Sprache, S. 15; Häberle, in: FS-Pedrazzini, 105 (124 f.); Biaggini, in: DVBl. 2005, 1090 (1096); Schweizer, in: VVDStRL 65 (2006), 346 (371); Kahl, in: VVDStRL 65 (2006), 386 (395); Fleiner, in: HbdGRVII/2, §217, Rn. 3; P. Kirchhof, in: JbAWGö, 205 (205).

und zum anderen auf dessen Relevanzanalyse – einerseits für das Individuum und andererseits für den Staat (Kap. 2). Des Weiteren werden die unterschiedlichen Formen staatlicher Einflussnahme auf das Kulturgut Sprache systematisiert dargestellt (Kap. 3).

Die im ersten Teil gefundenen Ergebnisse, vor allem zu den sprachlichen Individualfunktionen, bilden sodann die Basis der grundgesetzlichen Dogmatik des Grundrechts der Sprachenfreiheit (Teil II). In diesem Teil wird insgesamt ein besonderer Fokus auf die grundgesetzdogmatischen Streitfragen zu den unbenannten Grundrechten gelegt. Dazu wird der aktuelle Forschungsstand systematisiert und durch eigene Ansätze weiterentwickelt. Aufbauend auf der Bestimmung des notwendigen Gewährleistungsgehaltes eines Grundrechts der Sprachenfreiheit (Kap. 4) wird herausgearbeitet, weshalb diese Gewährleistung durch das Grundgesetz geschützt wird, welche Grundrechtsbestimmung sie garantiert und weshalb für die herausgestellte Gewährleistung die Geltungsannahme eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit grundgesetzdogmatisch legitim ist (Kap. 5). Abschließend werden augenfällige dogmatische Detailfragen eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit in der analysierten Ausprägung geklärt, wobei insbesondere potenzielle Gegenargumente einer rechtspolitischen Diskussion antizipiert und entkräftet werden (Kap. 6).

Als besondere Problematik ergeben sich für diese Innominatfreiheit sodann Fragen hinsichtlich der grundrechtlichen Konkurrenzdogmatik (Teil III). Auch insoweit wird zunächst der aktuelle Forschungsstand der langjährigen verfassungsrechtlichen Diskussion zu den Grundrechtskonkurrenzen zusammengefasst (Kap. 7), um hierauf aufbauend die Konkurrenzverhältnisse der Sprachenfreiheit systematisierend vorzuzeichnen (Kap. 8).

Abschließend wird der rechtspraktischen Anwendungsdogmatik der Sprachenfreiheit nachgegangen, wozu unterschiedliche sprachbezogene staatliche Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der sprachenfreiheitlichen Gewährleistung überprüft werden (Teil IV). Insoweit werden zunächst mehrere geltende staatliche Vorschriften der deutschen Rechtsordnung analysiert (Kap. 9). Abschließend dient die Sprachenfreiheit als verfassungsrechtlicher Maßstab für einige lediglich denkbare Bestimmungen der deutschen Rechtsordnung, die nur hypothetisch durch den bundesdeutschen Gesetzgeber eingeführt werden könnten (Kap. 10).

Sprache als Kulturgut zwischen Bürger und Staat

Ausgangspunkt einer Sprachenfreiheit für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist das Kulturgut Sprache im Spannungsfeld zwischen Bürger und Staat. Diesbezüglich stellt sich zunächst die grundsätzliche Frage, was das Kulturgut Sprache inhaltlich überhaupt umfasst. Aufgrund des allgemeinsprachlich mehrdeutigen Verständnisses von *Sprache* ergeben sich auch fachsprachliche Definitionsprobleme – nicht nur bezogen auf die Sprache im Allgemeinen, sondern auch hinsichtlich der exakten Bestimmung konkreter Einzelsprachen. Vor allem die Abgrenzung zwischen Sprachen einerseits und Dialekten andererseits bereitet Schwierigkeiten. Diese Fragen werden einleitend geklärt, um hierdurch sowohl das terminologische als auch das argumentative Fundament der weiteren Analyse zu legen (Kap. 1).

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird anschließend der zentralen Bedeutung nachgegangen, welche das Kulturgut Sprache einerseits für den Bürger und andererseits für den Staat hat (Kap. 2). Der jeweilige Wert ergibt sich hierbei vor allem aus den generellen Funktionen der Sprache. Aus diesen kann dann die Relevanz des Kulturgutes zum einen für das Individuum und zum anderen für die staatliche Gemeinschaft bestimmt werden. Inhaltlich erfolgt die Analyse der individual- und sozialbezogenen Bedeutung jeweils im Hinblick auf den Aspekt der Kommunikation einerseits und den Gesichtspunkt der Identität andererseits.

Abschließend werden zahlreiche Formen der staatlichen Einflussnahme mit Bezug zum Kulturgut Sprache systematisiert (Kap. 3). Die unterschiedlichen staatlichen Einflüsse hierauf können zunächst grob danach differenziert werden, ob es sich vorwiegend um Handlungen einer Statuspolitik verschiedener Sprachsysteme zueinander handelt oder primär um korpusbezogene Einflüsse auf eine konkrete Sprache. Innerhalb dieser Einteilung werden die betreffenden Maßnahmen dann jeweils im Hinblick darauf unterschieden, ob sie in erster Linie ein abstraktes Sprachsystem, die sprachliche Kompetenz in diesem oder den konkreten Sprachgebrauch hiervon im Blick haben.

Kapitel 1

Das Kulturgut Sprache

Die Bestimmung des Kulturgutes Sprache birgt zahlreiche Schwierigkeiten. Diese können zunächst auf die allgemeinsprachliche Mehrdeutigkeit des Wortes *Sprache* zurückgeführt werden (A.). Darüber hinaus ist aber auch fachsprachlich eine exakte Definition des Kulturgutes schwierig. Für die Darstellung des linguistischen Verständnisses muss daher inhaltlich zwischen *der* Sprache im Allgemeinen (B.) und *einer* Sprache als konkreter Umsetzung dieser menschlichen Begabung (C.) differenziert werden. Abschließend werden unterschiedliche Kategorien von Einzelsprachen herausgearbeitet (D.).

A. Allgemeinsprachliches Verständnis von Sprache und Sprachen

Für das Wort *Sprache* in seiner alltäglichen Verwendung können je nach Kontext zahlreiche nuancierte Bedeutungen differenziert werden.¹ So kann hiermit die allgemeine menschliche Sprach- oder Sprechfähigkeit (die Sprache verlieren), ein spezielles menschliches Sprachsystem (deutsche Sprache) oder die Art und Weise der Verwendung eines derartigen Systems (eine lebendige Sprache verwenden) gemeint sein. In metaphorischer Bedeutung kann *Sprache* auch für ein durch Menschen ersonnenes digitales Kommunikationssystem (Programmiersprache), nicht sprachliche Kommunikations- bzw. Handlungssysteme (Sprache der Gewalt) oder Kommunikationseffekte von unbelebten Dingen stehen (Die Bilder sprechen eine eindeutige Sprache).² Aber auch systematisch verwendete tierische Laute, Duftstoffe, Farbtöne, Signale oder Bewegungsabfolgen wie etwa die tänzerische Kommunikation der Bienen und die Verständigung der Ameisen mittels Duftstoffen werden als Bienen- bzw. Ameisensprache bezeichnet.³

¹ Siehe dazu *Vater*, Sprachwissenschaft, S. 13, der exemplarisch sieben Bedeutungsunterschiede anhand von Beispielen darlegt. In *Dudenredaktion*, Universalwörterbuch, – Sprache –, S. 1687 und *Wahrig-Burfeind*, Wörterbuch, – Sprache –, S. 886 werden dagegen insgesamt nur jeweils vier generelle Bedeutungen bestimmt.

² Zur metaphorischen Bedeutung siehe *Vater*, Sprachwissenschaft, S. 13. Die obigen Beispiele sind an die dort gegebenen angelehnt.

³ Zur Bezeichnung der tänzerischen Kommunikationsform der Honigbienen als *Tanzsprache* in der zoologischen Fachliteratur siehe grundlegend *Frisch*, "Sprache" der Bienen (1924);

Sprache im engeren Sinne bezeichnet jedoch lediglich die dem Menschen eigene Form zur Kommunikation.⁴ Die menschliche Sprache hat hierbei zwei grundsätzliche Bedeutungen: die generelle menschliche Sprachbegabung und die Konkretisierung dieser Sprachbegabung als Einzelsprache einer Gemeinschaft.⁵ Diese Bedeutungsunterscheidung wird allgemeinsprachlich im Deutschen durch die Verwendungsmöglichkeit einer Pluralform sichtbar. So bezeichnet *die* Sprache (ohne Plural) die speziell menschliche Form der sprachlichen Kommunikationsbegabung, während *eine* Sprache (mit Plural) die jeweilige Konkretisierung hiervon in einer Sprachgemeinschaft beschreibt.⁶

Dieser Bedeutungsunterschied für *Sprache* im Deutschen gilt bspw. auch für *language* im Englischen (*language* als Sprachbegabung – a language als Einzelsprache). In einigen anderen europäischen Sprachen wird die Unterscheidung zwischen *der* Sprache und *einer* Sprache dagegen durch unterschiedliche Termini zum Ausdruck gebracht. So bezeichnen die Wörter *langage*, *lenguaje* und *linguaggio* im Französischen, Spanischen und Italienischen zumeist die allgemeine menschliche Sprachbegabung, während die jeweilige Konkretisierung hiervon als *langue*, *lengua* und *lingua* bezeichnet wird. Wie im Deutschen können die Bezeichnungen für die menschliche Sprachbegabung grammatisch nur im Singular verwendet werden, die Termini für Einzelsprachen hingegen auch im Plural (*les langues*, *las lenguas*, *le lingue*).⁷

B. Linguistisches Verständnis der Sprache

Die menschliche Sprache ist Untersuchungsgegenstand der wissenschaftlichen Disziplin der Linguistik. Fachsprachlich wurde hierbei vielfach versucht, das Objekt der akademischen Untersuchung exakt zu bestimmen. Es existieren

Ders., Tanzsprache der Bienen (1965). Ebenfalls im Englischen als *language* bezeichnet. Siehe dazu Munz, Dancing bees (2016). Zur Ameisensprache siehe Lys, Sprache der Ameisen (1992).

⁴ Dazu im Überblick: *Buβmann*, LdS, – Sprache –, S. 643. Eine Abgrenzung bspw. zu tierischen Kommunikationssystemen kann v. a. auf die strukturellen Unterschiede zurückgeführt werden. So sind Tiersignale zunächst in ihrer zeitlichen Dimension begrenzt, sodass hierdurch keine Informationen über die Vergangenheit oder die Zukunft ausgetauscht werden können. Des Weiteren werden tierische Zeichen lediglich konkret verwendet, eine Kommunikation über abstrakte Sachverhalte ist hingegen nicht möglich. Zudem sind Tiere kommunikativ konditioniert und können ihre Zeichen nicht kreativ und rekursiv auf eine beliebige Anzahl von weiteren Sachverhalten anwenden. Schließlich sind tierische Kommunikationssysteme nicht hierarchisch strukturiert. So gibt es keine unterschiedlichen sprachlichen Ebenen auf denen sprachliche Einheiten nach bestimmten Regeln kombiniert werden können. Zu dieser Abgrenzung siehe insgesamt *Vater*, Sprachwissenschaft, S. 17.

⁵ Glück, in: Ders./Rödel (Hrsg.), MLS, – Sprache –, S. 637.

⁶ Eine Sprachgemeinschaft bezeichnet die Summe aller Sprecher eines bestimmten sprachlichen Systems. Dazu *Raith*, in: Glück/Rödel (Hrsg.), MLS, – Sprachgemeinschaft –, S. 642 f.; *Buβmann*, LdS, – Sprachgemeinschaft –, S. 651.

⁷ Siehe zum Ganzen Absatz *Lyons*, Language and Linguistics, S. 1 f.

Schlagwortverzeichnis

Abstandsprachen 22	 Normlogische Generalität 255 			
Abstrakte Bewertung	- Zitiergebot 187			
- Sprachenfreiheit 215	Allgemeines Freiheitsrecht			
Abstrakte Kennzeichnung	 Dogmatische Verankerung 159 			
- Sprachenfreiheit 217	 Konkurrenzdogmatische Qualität 193 			
Abwägung	 Verhältnis allgemeine Handlungs- 			
- Abwägungsverbund 267	freiheit 155			
 Widerstreitende Interessen 214 	Allgemeines Leistungsgrundrecht			
Abwägungssystematik	 Normlogische Generalität 300 			
- Sprachenfreiheit 198	Allgemeines Persönlichkeitsrecht			
Abwägungsverbund	 Abstrakte Kennzeichnung 218 			
- Gesamtabwägung 272	 Dogmatische Zuordnung 156 			
- Gleichartige Konkurrenz 268	- Fallgruppen 297			
- Kritische Würdigung 269	 Konkurrenzdogmatische Qualität 191 			
- Ungleichartige Konkurrenz 269	- Konkurrenz Sprachenfreiheit 282, 291			
Abwehrfunktion	- Normlogische Generalität 255			
- Allgemein 120	 Objektiv-rechtliche Gehalte 218 			
- Sprachenfreiheit 121	- Recht am eigenen Bild 299			
Abwehrgrundrechte	- Recht am geschriebenen Wort 298			
- Allgemein 119	 Recht am gesprochenen Wort 297 			
Abwehrnormen	American Sign Language 31			
Abwägungsverbund 268	Amtssprache			
 Normative Spezialität 259 	- Art. 5 Verf MW 79			
 Normlogische Spezialität 254 	- Art. 6 VerfFL 77			
Académie française 111	- Art. 8 Abs. 1 B-VGA 77			
Accademia della Crusca 111	- Art. 8 VerfIRL 79			
Adäquanzgebot 250	- Art. 70 BV CHW 80			
Aktivierung	Differenzierung National-			
- Bereichsspezifische	oder Landessprache 78			
Grundrechtsdogmatik	 Differenzierung Staatssprache 76 			
unbenannter Grundrechte 184	 Kommunikationsbezogenes 			
 Objektiv-rechtliche Dimension 185 	Sprachsystem 83			
- Subjektiv-rechtliche Dimension 185	- Kompetenzbezug 111			
Akzent	- Kompetenzoezug 111 - Languebezug 96, 110			
- Abgrenzung von Sprache 27	- Performanzbezug 101			
Augrenzung von Sprache 27Performanzfreiheit 123	- Regionale Amtssprache 97			
Allgemeine Handlungsfreiheit	- Verständnis 83			
- Anwendungsfälle 161				
	Amssprache (§ 23 VwVfG)			
 Konkurrenzdogmatische Qualität 193 	- Angemessenheit 321			

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 313
- Eingriffsrechtfertigung 317
- Erforderlichkeit 320
- Formelle Verfassungsmäßigkeit 318
- Gebärdenfreiheit 314
- Geeignetheit 320
- Gesetzgebungskompetenz 318
- Grundrechtskonforme Auslegung 323
- Menschenwürde 322
- Nachteilsbewertung für Sprachenfreiheit 322
- Negative Performanzfreiheit Staatsbedienstete 314
- Negative Produktionsfreiheit 315
- Negative Schreibfreiheit 317
- Performanzfreiheit Rechtsunterworfene 315
- Performanzfreiheit
 Staatsbedienstete 314
- Rechtsunterworfene 315
- Schreibfreiheit 316
- Sprechfreiheit 314
- Staatsbedienstete 314
- Vereinbarkeit Sprachenfreiheit 313
- Verhältnismäßigkeit 320
- Zitiergebot 319
- Zweckvorteil 321

Anerkennung Sprachenfreiheit

- Schweizer Bundesgericht 151

Angemessenheit

- Allgemein 198
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 321
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5
 - StVollzGNRW) 345
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 354
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 331
- Schulhofsprache Deutsch 397

Angemessenheitsprüfung

- Abwägung der widerstreitenden Interessen 214
- Benennung und abstrakte Gewichtung der Positionen 213
- Konkrete Vor- und Nachteilsbewertung
 214
- Pattsituationen 213
- Sprachenfreiheit 212
- Struktur 213

Ansehen der Performanz 101 Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5

StVollzGNRW)

- Angemessenheit 345
- Deutschkundiger Strafgefangener 347
- Deutschunkundiger Strafgefangener
 347
- Eingriff in die Sprachenfreiheit 342
- Eingriffsrechtfertigung 343
- Erforderlichkeit 344
- Geeignetheit 344
- Idealkonkurrenz Performanzfreiheit 294
- Negative Performanzfreiheit 343
- Negative Schreibfreiheit 343
- Performanzfreiheit 342
- Schreibfreiheit 342
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 341
- Verhältnismäßigkeit 343
- Verwirkung der

Grundrechtsberechtigung 343

Anwendungsbereich

- Grundrechtskonkurrenzen 237
- Sprachenfreiheit 238

Anwendungsdogmatik

Sprachenfreiheit 311

Anwendungsvorrang 243

Appellfunktion der Sprache 40

Arabisches Alphabet

- Schreibfreiheit 125

Arabische Sprache 288

Arbeitssprache

- Kommunikationsbezug 82
- Languebezug 97

Assimilierungspolitik 104

Asylbewerber 142

Audiovisuelle Aufnahme

Dokumentationsfreiheit 127

Auffangfunktion Art. 2 Abs. 1 GG 158

Aufsitzendes Grundrecht 261

Ausbausprachen 22

Ausdruck

- Geographische Identität 57
- Persönlichkeit 58
- Physische Identität 56
- Soziale Identität 58

Ausdrucksfunktion der Sprache 40

Aussprachegewohnheit 28 Ausübungsgrundrecht 262

Basisgrundrecht 261
Beachtungsnotwendigkeit
- Parlamentsvorbehalt 207

Bedeutung

 Sprache für Identität und Persönlichkeit 53

Beleidigungsverbot (§§ 185 ff. StGB)

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 339
- Eingriffsrechtfertigung 340
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 339

Berufsfreiheit

- Dreistufentheorie 211
- Konkurrenz Sprachenfreiheit 287

Berufsverbot 107

Besondere Gewaltverhältnisse

Sprachenfreiheit 144
 Besonders wichtiges

Gemeinwohlinteresse 212

Bestimmtheitsgebot

Geschlechtsneutrale Sprache(§ 4 LGG NRW) 361

Big-Five-Ansatz 51

Bildungsbezogene Grundrechte 151

Bildungspolitik

Fremdsprachenwahl 133
Biopsychosoziale Merkmale
faculté de langage 54

- Kompetenz 55

Personale Identität 48

Blindenschrift

Allgemein 31

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 329

Braille-Schrift

- Allgemein 31

Performanzfreiheit 123Schreibfreiheit 125

Briefgeheimnis

- Idealkonkurrenz Sprachenfreiheit 295

Konkurrenz Sprachenfreiheit 291

Bürgerrecht

- Sprachenfreiheit 142

Darstellungsfunktion der Sprache 39 Denotative Funktion der Sprache 39 Desintegrative Sozialfunktion der Sprache

- Gemeinschaftshemmende

Sozialfunktion 73

- Gemeinschaftsverhindernde

Sozialfunktion 71

Deutsche Sprache

Einheitliches Schriftsystem 132

Funktion in der Bundesrepublik 87

Kompetenzerwerbsförderung 133

Schulhofsprache 391

Schulunterricht 133

- Staatliche Verwendung 131

Staatssprache 131 f.

- Systemschutz 132

Deutschunkundige

 Kommunikationsunfähige Rechtssubjekte 205

Sicherstellung Kommunikation 134

Dialekt

- Abgrenzung von Sprache 24

Performanzfreiheit 122

- Relationaler Begriff 25

Sprachliche Identität 129

Diaphasische Varietät 17 Diastratische Varietät 16

Diatopische Varietät 15

Didaktikfreiheit

Allgemein 126

- Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG)

Konkurrenz 290

Negative Didaktikfreiheit 128, 292

Diskriminierungspotenzial 179 Diskriminierungsverbot

- Durch die Sprache 137

Wegen der Sprache 136, 152

Distanzkommunikation

Dokumentationsfreiheit 127

– Schreibfreiheit 125

Dogmatische Detailfragen

- Sprachenfreiheit 183

Dogmatische Grundlagen

Sprachenfreiheit 117

Dogmatische Zuordnung

Grundrechtsnormen 148

Dokumentationsfreiheit

- Allgemein 127

Negative Dokumentationsfreiheit 128

Doppelte Begrenzungsfunktion der Sprache 66

Dreistufentheorie

- Allgemein 211
- Übertragung auf die Sprachenfreiheit
 211

Einbeziehung objektiv-rechtlicher Gehalte 272

Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG)

- Angemessenheit 354
- Didaktikfreiheit 352
- Eingriff in die Sprachenfreiheit 350
- Eingriffsrechtfertigung 353
- Erforderlichkeit 354
- Gebärdenfreiheit 351
- Geeignetheit 354
- Idealkonkurrenz 292
- Materielle Eingriffsintensität 352
- Negative Didaktikfreiheit 352
- Negative Gebärdenfreiheit 351
- Negative Performanzfreiheit 350
- Negative Produktionsfreiheit 350
 Negative Produktionsfreiheit 352
- Negative Schreibfreiheit 351
- Negative Sprechfreiheit 351
- Performanzfreiheit 350
- Produktionsfreiheit 352
- Schreibfreiheit 351
- Sprachliche Identität 352
- Sprechfreiheit 351
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit
- Verfassungslegitimer Zweck 353
- Verfassungslegitimes Mittel 353
- Verhältnismäßigkeit 353

Eingriff in die Sprachenfreiheit

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 313
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzG NRW) 342
- Beleidigungsverbot(§§ 185 ff. StGB) 339
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 350
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 325
- Geschlechtsneutrale Sprache (§ 4 LGG NRW) 357
- Kompetenzfestlegung(Art. 3 S. 1 SprVG TR) 380

- Performanzverbot (Art. 2 S. 1 SprVG TR) 375
- Performanzverbot Versammlungen
 (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 388
- Rechtschreibreform 368
- Schulhofsprache Deutsch 393
- Tradierungsverbot (Art. 3 S. 2 lit. a)
 SprVG TR) 385

Eingriff in Grundrechtspositionen 195

Eingriffsintensität

- Allgemeine Kriterien 214
- Materielle Eingriffsintensität 200
- Situative Eingriffsintensität 202
- Subjektive Eingriffsintensität 201

Eingriffsrechtfertigung

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 317
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 343
- Beleidigungsverbot
 (§§ 185 ff. StGB) 340
- Einbürgerung
- (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 353
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 330
- Performanzverbot Versammlungen
 (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 388
- Schulhofsprache Deutsch 394

Einzelsprachen 29

Elbensprachen 34

Emoticons 126

Emotionale Funktion der Sprache 40

Emotive Funktion der Sprache 40

Erforderlichkeit

- Allgemein 198
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 320
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 344
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 354
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 331
- Performanzverbot Versammlungen (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 390
- Schulhofsprache Deutsch 396

Erlaubnisnorm 240

Erstsprache

- Allgemein 1
- Erstsprachenwechsel 180
- Existenznegation 203
- Gleichordnung 108

- Performanzfreiheit 122
- Relevanz 44
- Verwendungverbot 206

Erweiterter Eingriffsbegriff 195

Erweiterung sprachliche Identität 203

Esperanto

- Sprachverbot 102

Existenznegation sprachliche Kompetenz 203

Experimentierende Rechtsgewinnung

Allgemein 161

 Konkurrenzdogmatische Gleichordnung 195

Expressive Funktion der Sprache 39 faculté de langage

- Allgemein 11
- Kommunikationsermöglichung 44
- Personale Identität 54
- Sprachliche Identität 128

Faires Gerichtsverfahren 99

Faktischer Objektcharakter 205

Faktisches Sprachverbot

- Katalan 108
- Sorbisch 106

Faktoren menschlicher Kommunikation 38

Familiäre Beziehung 204

Fernmeldegeheimnis

Konkurrenz Sprachenfreiheit 291

Fiktionale Sprachen 34 Fiktive Sprachen 34

Formelle Verfassungsmäßigkeit

Amtssprache (§ 23 VwVfG) 318

Frakturschrift

- Schreibfreiheit 125

Freiheitsgrundrechte

- Allgemein 119

Fremdsprachenunterricht

- Türkisches Sprachenverbotsgesetz 105

Funktionelle Sprachen 17

Gaunersprachen 33

Gebärden

- Videoaufzeichnung 127

Gebärdenfreiheit

Allgemein 126

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 314
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351
- Gerichtssprache
- (§§ 184 ff. GVG) 327, 333
- Materielle Eingriffsintensität 201
- Negative Gebärdenfreiheit 128, 299

Gebärdensprachen

- Allgemein 31
- American Sign Language 31
- British Sign Language 31
- Irish Sign Language 31
- Languebezug 110
- Langue des Signes Française 31
- Nationale Gebärdensprache 110
- Sprachverbot 102

Geeignetheit

- Allgemein 198
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 320
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 344
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 354
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 331
- Geschlechtsneutrale Sprache
 (§ 4 LGG NRW) 363
- Schulhofsprache Deutsch 396

Geheimschrift

- Schreibfreiheit 125

Geheimsprachen

- Allgemein 33
- Gemeinschaftsverhindernde

Funktion 72

- Kryptographische Handlungen 296
- Subjektive Betroffenheit 210

Geltung

- Geltungsannahme unbenannte
 - Grundrechte 158
- Geltungsgrund Grundrechtsnormen
 148
- Geltungskriterien Grundrecht der Sprachenfreiheit 162
- Geltungskriterien unbenannte Grundrechte 162
- Gewährleistungsnorm der Sprachenfreiheit 147
- Grundrecht der Sprachenfreiheit 158

Geltungskriterien unbenannte Grundrechte

- Ausreichende Abstraktheit der Gewährleistung 163
- Besondere Abwägungsgesichtspunkte 165
- Besondere Grundrechtsrelevanz 167
- Bestimmbarer Gewährleistungsbereich 164
- Faktisch begründbare Gefährdungslage 170Gefährdungsbezogene
- GefährdungsbezogeneVergleichbarkeit 169Keine planwidrige
- Gewährleistungslücke 171
- Kein gesetzliches Verbot 168
- Konkretisierbarer grundgesetzlicher Schutzauftrag 172
- Qualitative Vergleichbarkeit 167
- Rechtlich begründbare Gefährdungslage 170
- Strukturelle Vergleichbarkeit 163
- Wesensmäßige Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 162

Geltungsvorrang 243

Gemeinschaft

- Abgrenzung Gesellschaft 62
- Begriffsbestimmung 62Gemeinschaftsgefühl 63
- Gemeinschaftsidentität 144
- Gemeinschaftsidentität 144
- Klassengemeinschaft 62
- Kollektive Gemeinschaftsidentität 63
- Schicksalsgemeinschaft 62
- Wir-Gemeinschaft 63
- Zweckgemeinschaft 63

Gemeinschaftsermöglichende

Sozialfunktion 67 Gemeinschaftsgefühl

- Geheimsprache 70
- langue 54

Gemeinschaftshemmende Sozialfunktion 73

Gemeinschaftsstiftende Sozialfunktion 70

Gemeinschaftsverhindernde Sozialfunktion 71

Gemeinwohlinteresse

- Besonders wichtiges

Gemeinwohlinteresse 212

- Verfassungslegitimes
 Gemeinwohlinteresse 210
- Vernünftiges

Gemeinwohlinteresse 212

Generelle Funktionen der Sprache 37 Geographische Identität

Ausdruck Performanz 57

Gerichtssprache

- Kommunikationsbzeug 82
- Languebezug 96

Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG)

- Angemessenheit 331
- Blindenschrift 329
- Eingriff in die Sprachenfreiheit 325
- Eingriffsrechtfertigung 330
- Erforderlichkeit 331
- Gebärdenfreiheit 327, 333
- Geeignetheit 331
- Nachteilsbewertung für die Gebärdenfreiheit 333
- Nachteilsbewertung für die Schreibfreiheit 333
- Nachteilsbewertung für die Sprachenfreiheit 332
- Nachteilsbewertung für die Sprechfreiheit 333
- Negative Performanzfreiheit 326
- Performanzfreiheit 327
- Rechtsunterworfene 326
- Schreibfreiheit 328, 333
- Sorbisch 330
- Sprechfreiheit 327
- Staatsbedienstete 325
- Strafprozess 327
- Übersetzungsbeibringung 334
- Übersetzungsverpflichtung von Amts wegen 336
- Unterbliebene Übersetzung 335
- Vereinbarkeit mit
- der Sprachenfreiheit 324
- Verhältnismäßigkeit 330
- Verwaltungsprozess 327
- Zivilprozess 327
- Zweckvorteil 332

Gerichtsverfahren

- Sicherstellung Kommunikation 134

Gesamtabwägung 272

Geschlechtergerechte Sprache

 Diskriminierungsverbot durch die Sprache 137

Geschlechtsneutrale Formulierungen 357

Geschlechtsneutrale Sprache

(§4 LGGNRW)

- Bestimmtheitsgebot 361

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 357

- Geeignetheit 363

Materielle Verfassungsmäßigkeit 361

Negative Rechtsfolgen 359

- Performanzfreiheit 358

- Persönlichkeitsbezug 359

 Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 356

Verfassungslegitimer Zweck 362

- Verfassungslegitimes Mittel 362

Verhältnismäßigkeit 362

Gesellschaft

Abgrenzung Gemeinschaft 62

Gesetzessprache

- Kommunikationsbezug 82

Languebezug 96

Gesetzgebungskompetenz

Amtssprache (§ 23 VwVfG) 318

Gewährleistungsbezogene Belastungsintensität

- Allgemein 199

- Leistungsnorm Sprachenfreiheit 204

- Performanzbezogene Berücksichtigung

sprachliche Identität 204 – Performanzfreiheit 200

- Sprachliche Identität 202

Gewährleistungsgehalt

Sprachenfreiheit 119

Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik

Unbenannte Grundrechte 191

Gleichartige Konkurrenz

- Abwägungsverbund 268

- Allgemein 234

Konkurrenzrelationen
 Sprachenfreiheit 279

Normative Spezialität 259

Gleichheitsfunktion

- Allgemein 120

- Sprachenfreiheit 135

Gleichheitsgrundrechte

Allgemein 119

Gleichheitsnormen

Abwägungsverbund 268

Normative Spezialität 264

- Normlogische Spezialität 256

Gleichordnung eines Sprachgebrauchs

108

Griechisches Alphabet

Schreibfreiheit 125

Grundgesetz

Dogmatik der Sprachenfreiheit 147

- Schutzauftrag 172

- Strukturelle Offenheit 149

Tragende Konstitutionsprinzipien 153

Grundidentität Sprachenfreiheit

Allgemein 209

Materielle Eingriffsintensität 209

Schulhofsprache Deutsch 395

- Situative Eingriffsintensität 210

Subjektive Eingriffsintensität 209

Grundlagen des Staatswesens 81 Grundrecht auf Bildung 300

Grundrechte

Abwehrgrundrechte 119

Anwendungsbereich 237

- Erlaubnisnorm 240

- Freiheitsgrundrechte 119

Gleichheitsgrundrechte 119

- Grundrechtsfunktionen 120

- Grundrechtsschranken 174

Komplexe Grundrechtsnorm 120

Konkurrenzgegenstand 239

Konkurrenzvermeidung 240

Leistungsgrundrechte 119

- Normtypen 240

- Primärnorm 240

- Regelungsbereich 237

Schrankenübertragung 247

Schutzgegenstandstypen 238

Sekundärnorm 240

- Themenbereich 237

Verbotsnorm 240

- Wirkgruppen 234

Grundrechtlicher Konkurrenzgegenstand

239

Grundrechtsbestimmungen 148

Grundrechtsdogmatik

- Aktivierung 185
- Materielle Gesetzgebungsschranken
- Objektiv-rechtliche Dimension 185
- Staatliche Bindungswirkung 186
- Subjektiv-rechtliche Dimension 185
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 188
- Wesensgehaltsgarantie 186
- Zitiergebot 187

Grundrechtsfunktionen 120

Grundrechtskollision 235

Grundrechtskombinationen

- Sprachenfreiheit 224
- Terminologie 220

Grundrechtskonflikte

- Allgemein 232
- Grundrechtskollision 235
- Grundrechtskonkurrenz 232
- Grundrechtsparallelität 235

Grundrechtskonforme Auslegung

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 323

Grundrechtskonkurrenz

- Allgemein 232
- Präzisiertes Verständnis 234

Grundrechtskonkurrenzen

- Abwägungsverbund 267
- Allgemein 231
- Anwendungsbereich 237
- Anwendungsvorrang 243
- Arten des Vorrangs 242
- Bundes- und Landesrecht 252
- Gegenstand eines

Konkurrenzsachverhaltes 233

- Geltungsvorrang 243
- Gleichartige und ungleichartige Konkurrenz 234
- Grundrechtskollision 235
- Grundrechtskonkurrenz 232
- Grundrechtsnormenkonkurrenz 239
- Grundrechtsparallelität 235
- Konkurrenzauflösung 242
- Konkurrenzdogmatik 232
- Konkurrenzdogmatische Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten 193
- Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe unbenannter Grundrechte 192

- Konkurrenzgegenstand 239
- Konkurrenzvermeidung 240
- Konsequenzen f
 ür die Sprachenfreiheit
- Logisch begründbare

Vorrangentscheidung 246

- Normativ begründbare
 - Vorrangentscheidung 247
- Pragmatisch begründbare Vorrangentscheidung 249
- Pragmatisch begründeter Prüfungsvorrang 249
- Prüfungsvorrang 245
- Regelungsbereich 237
- Schutzgegenstandstypen 238
- Sprachenfreiheit 277
- Tatbestandsrelationen 236
- Themenbereich 237
- Vorrangentscheidung 234, 245
- Vorrangermittlung 252
- Zusammenwirkung von Grundrechtsnormen 267

Grundrechtsnormen

- Mittelbare Grundrechtsnormen 148
- Unmittelbare Grundrechtsnormen 148

Grundrechtsnormenkonkurrenz 239

Grundrechtsparallelität 235

Grundrechtsschranken 174 Grundrechtsstärke 183

Grundrechtssynthesen

- Sprachenfreiheit 224
- Terminologie 221

Grundrechtstypische Gefährdungslage

Grundrechtsverwirklichungs-

- voraussetzung
- Sprachenfreiheit 175
- Unbenannte Grundrechte 168

Gruppenrecht

Sprachenfreiheit 140

Hauptschutzgewährleistung 261

Haupt- und Hilfsschutzgewährleistung

261

Hebräisches Alphabet

Schreibfreiheit 125

Hemmung staatlicher Gemeinschaft 74 Herabsetzung Sprachgebrauch 101

Hierarchie der Grundrechte 184 Hilfsschutzgewährleistung 261 Historische Sprachen

- Allgemein 14

Diaphasische Varietäten 17

- Diastratische Varietäten 16

Diatopische Varietäten 15

Ich-Identität

- Allgemein 48

Persönlichkeit 52

Idealkonkurrenz

- Performanzfreiheit 292

Sprachliche Identität 292

Identität

 Existenznegation sprachliche Kompetenz 203

Gemeinschaftsidentität 144

- Geographische Identität 57

- Ich-Identität 48

Identiät und Persönlichkeit 46

Individuelle Identität 47

Kollektive Identität 50

- Konzept 46

- Konzept und Handlung 52

Nationale Identität 101

Personale Identität 48

Physische Identität 56

- Rollen-Identitäten 49

- Soziale Identität 49, 58

Staatliche Identität 132

Identitätsbezogener Aspekt

der Sprache 45

Individualbezogene Bedeutung der

Sprache 44

Individualgrundrecht

- Sprachenfreiheit 139

Individuelle Identität

- Allgemein 47

Inhaltsgrundrecht 262

Inhalts- und Ausübungsgrundrecht 262

Innominatfreiheiten

- Geltung 159

Materielle Eingrenzungskriterien 161

- Terminologie 220

Institutsgarantie 197

Integrationslehre

- Integrative Sozialfunktion Sprache 66

Staatsbegriff 65

Integrative Sozialfunktion der Sprache

Gemeinschaftsermöglichende

Funktion 67

 Gemeinschaftsstiftende Funktion 70 Integrative Zwei-Seiten-Theorie 65

Integrität

- Kompetenz 202

langue 203

Intimsphäre

Situative Eingriffsintensität 202

Irish Sign Language 31

Irrelevanzgebot 250

Jargon 16

Jedermann-Grundrecht

Sprachenfreiheit 141

Juristische Personen

Sprachenfreiheit 143

Katalanische Sprache 106

Kategorisierung von Einzelsprachen 29

Klassischer Eingriffsbegriff 195

Klingonisch 34

Kognitive Funktion der Sprache

Referentielle Funktion 39

Sprache und Denken 42

Kollektive Identität

Allgemein 50

- langue 54

Kollektivrecht

Sprachenfreiheit 140

Kölnisch 23

Kombinationsgrundrechte

Sprachenfreiheit 223

- Terminologie 220

Kommunikation

Abgrenzung Sprache 37

Distanzkommunikation 127

Faktoren menschlicher

Kommunikation 38

Funktion offizielle Sprachen 75

 Sicherstellung staatliche Kommunikation 134

Staatliche

Kommunikationssprache 131

Zwischenmenschliche

Kommunikation 166

Kommunikationsbezogene Verhaltensfreiheit

- Didaktikfreiheit 126
- Dokumentationsfreiheit 127
- Gebärdenfreiheit 126
- Negative Performanzfreiheit 128
- Performanzfreiheit 122
- Positive Performanzfreiheit 124
- Produktionsfreiheit 124
- Schreibfreiheit 125
- Sprachenfreiheit 122
- Sprechfreiheit 124

Kommunikationsgrundrechte 151 Kommunikationsunfähiges Rechtssubjekt mit faktischem Objektcharakter

- Allgemein 205
- Materielle Eingriffsintensität 209
 Kommunikative Grundfunktionen der Sprache
- Allgemein 38
- Expressive Funktion 39
- Konative Funktion 40
- Metasprachliche Funktion 41
- Phatische Funktion 40
- Poetische Funktion 41
- Referentielle Funktion 39

Kommunikativer Aspekt der Sprache 44 Kompetentielle Freiheiten 197

Kompetenz

- Allgemein 12
- Erstsprache 1
- Erweiterung sprachliche Identität 203
- Erwerbsförderung 111, 133
- Integrität 202
- Kompetenzpflicht 112
- Kompetenz und Performanz 12
- Muttersprache 1
- Negation 203
- Personale und soziale Identität 55
- Sprachenpolitik 99
- Sprachliche Identität 128
- Sprachpolitik 111
- Zweitsprache(n) 1

Kompetenzbezogene Maßnahmen

- Sprachenpolitische Maßnahmen 99
- Sprachpolitische Maßnahmen 111

Kompetenzfestlegung

(Art. 3 S.1 SprVG TR)

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 380
- Materielle Verfassungsmäßigkeit 383
- Mittelbarer Eingriff 382
- Unmittelbarer Eingriff 381
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 380

Komplexe Grundrechtsnorm

- Allgemein 120
- Grundrechtsverwirklichungsfunktion 168
- Zuordnung 149
- Zuordnung Art. 2 Abs. 1 GG 155

Konative Funktion der Sprache 40 Konkrete Nachteilsbewertung

- Allgemein 214
- Sprachenfreiheit 216

Konkretisierbarer grundgesetzlicher Schutzauftrag 172

Konkurrenzauflösung 242

Konkurrenzdogmatik

- Gleichordnung von unbenannten und benannten Grundrechten 193
- Grundlagen 232
- Qualität unbenannte Grundrechte 191
- Sprachenfreiheit 229
- Zwischenstufe unbenannte Grundrechte 192

Konkurrenzverhältnisse

Sprachenfreiheit 277

Konkurrenzvermeidung 240

Konsumtion 260

Korpusbezogene Sprachpolitik

- Allgemein 109
- Kompetenzbezogene Maßnahmen 111
- Languebezogene Maßnahmen 110
- Performanzbezogene Maßnahmen 112

Korpusplanung

- Allgemein 92
- Verhältnis zu Statusplanung 94

Kreolsprachen 30

Kryptographische Handlungen 296 Kulturbezogene Grundrechte 151

Kulturelles Selbstverständnis 164

Kulturgemeinschaft 179

Kunstfreiheit

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 287
- Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 151

Künstliche Sprachen

- Allgemein 32
- Fiktive Sprachen 34
- Geheimsprachen 33
- Performanzfreiheit 123
- Plansprachen 32
- Sprachliche Identität 129
- Subjektive Betroffenheit 210

Kurdische Sprachen 102

Kurmancî 102 Kurzschrift 125

Kyrillisches Alphabet

Schreibfreiheit 125

Landesgrundrechte

- Grundrecht auf Bildung 301

Landessprache

- Art. 4 BVCH 80
- Languebezug 96

Landesverfassungen

- Grundrecht auf Bildung 301
- Rechtlich begründbare Gefährdungslage 170

langage

Allgemein 11

langue

- Allgemein 11
- Bedeutung für Identität und Persönlichkeit 54
- Integrität 203
- langue und parole 11
- Sprachenpolitik 96
- Sprachliche Identität 129
- Sprachpolitik 110

Languebezogene Maßnahmen

- Sprachenpolitische Maßnahmen 96
- Sprachpolitische Maßnahmen 110

Langue des Signes Française 31

Lautsprachen

- Allgemein 31
- Schriftsprachen 125

Lebenssphären

- Grundidentität 210
- Performanzverbot
 - (Art. 2 S. 1 SprVG TR) 379
- Situative Eingriffsintensität 202

Leistungsfunktion

- Allgemein 120

Sprachenfreiheit 130

Leistungsgrundrechte

- Allgemein 119
- Verständnis 130

Leistungsnorm der Sprachenfreiheit

- Diskriminierungsverbot wegen der Sprache 305
- Gleichartige Konkurrenzverhältnisse
- Normlogische Spezialität 300

Leistungsnormen

- Abwägungsverbund 268
- Normative Spezialität 264
- Normlogische Spezialität 256

Lex-specialis-Grundsatz

- Allgemein 236
- Vorrangermittlung 253

lingua franca

- Allgemein 32
- Gemeinschaftsverhindernde Funktion
 72
- Kommunikationsermöglichung 44
- Wir-Gemeinschaft 67

Logisch begründbare

Vorrangentscheidung 246

Loi Carignon 112

Loi Toubon 112

Materielle Belastungsintensität

Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 377

Materielle Eingriffsintensität

- Allgemein 200
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 352
- Grundidentität Sprachenfreiheit 209
- Produktionsformen 201
- Situative Intensität 202
- Sprachausübungsfreiheit 200
- Sprachwahlfreiheit 200
- Subjektive Intensität 201

Materielle Gesetzgebungsschranken

- Bindungswirkung Grundrechte 186

Materielle Verfassungsmäßigkeit

- Geschlechtsneutrale Sprache
- (§ 4 LGG NRW) 361
- Kompetenzfestlegung
 - (Art. 3 S. 1 SprVG TR) 383

Meinungsfreiheit

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 282, 285
- Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 150

Menschenrecht 148 Menschenwürde

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 322
- Besonderer Abwägungsgesichtspunkt
 Sprachenfreiheit 166
- Personale Identität 177
- Sicherstellung Kommunikation 134
- Unangemessener Nachteil Performanz 206
- Unangemessener Nachteil sprachliche Identität 206
- Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 153

Metakommunikativer Kontext 12

Metasprachliche Funktion der Sprache 41 Minderheitenrecht

Sprachenfreiheit 141

Minderheitensprachen

- Identitätsbezug 86
- Kompetenzbezug 111
- Languebezug 97, 110
- Performanzbezug 101
- Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 378

- Schulunterricht 98

Mittelbarer Eingriff

- Kompetenzfestlegung(Art. 3 S. 1 SprVG TR) 382
- Rechtschreibreform 369

Mittelbare Vorrangentscheidung 271

Muttersprache

- Allgemein 1

Nachteilsbewertung

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 332
- Performanzfreiheit 200
- Sprachliche Identität 202

Nationale Gebärdensprache 110

Nationale Identität

- Vereinheitlichungspolitik 101
- National- oder Landessprachen
 Differenzierung Amtssprache 78
- Gemeinschaftsstiftende Sprachsysteme 85

- Identitätsbezug 84
- Kommunikationsbezug 84
- Mehrere National- oder Landessprachen 85
- Terminologische Besonderheiten 79
- Verständnis 84

Nationalsprache

- Art. 5 Verf M 79
- Art. 8 VerfIRL 79
- Languebezug 96

Natürliches Freiheitsrecht 197

Natürliche Sprachen 30

- Performanzfreiheit 123
- Sprachliche Identität 129

Negative Didaktikfreiheit

- Allgemein 128
- Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 352

Negative Dokumentationsfreiheit

- Allgemein 128
- Recht am eigenen Bild 299
- Recht am gesprochenen Wort 298

Negative Gebärdenfreiheit

- Allgemein 128
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351
- Recht am eigenen Bild 299

Negative Performanzfreiheit

- Allgemein 128
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 314
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 343
- Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 350

- Gerichtssprache
 - (§§ 184 ff. GVG) 326
- Idealkonkurrenz 292
- Recht am gesprochenen Wort 298

Negative Produktionsfreiheit

- Allgemein 128
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 315
- Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG)352

Negative Schreibfreiheit

- Allgemein 128
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 317
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 343

Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351

Negative Sprechfreiheit

- Allgemein 128

- Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351

Neue Medien

- Schreibfreiheit 125

Neusprech 34

Niedersorbisch 105 Nordkurdisch 102

Normativ begründbare

Vorrangentscheidung 247

Normative Spezialität

- Allgemein 258

 Basisgrundrecht und aufsitzendes Grundrecht 261

- Gleichartige Abwehrnormen 259

- Gleichartige Gleichheitsnormen 264

- Gleichartige Konkurrenz 259

- Gleichartige Leistungsnormen 264

Haupt- und Hilfsschutzgewährleistung 261

- Inhalts- und

Ausübungsgrundrecht 262

- Konsumtion 260

- Performanzfreiheit 284

- Sprachliche Identität 291

 Ungleichartige Konkurrenz von Freiheits- und Gleichheitsnormen 264

Zielrichtung des Eingriffs 263

Normative Zuordnung

Geltungsgrund 148

Normlogische Generalität

- Allgemeine Handlungsfreiheit 255

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 255

- Durchbrechung 255

Normlogische Spezialität

– Abwehrnormen 254

- Allgemein 253

- Durchbrechung 255

- Gleichheitsnormen 256

 Leistungsnorm der Sprachenfreiheit 300

- Leistungsnormen 256

- Performanzfreiheit 280

- Sprachliche Identität 281

Normtypen von Grundrechten 240

Obersorbisch 105

Objektcharakter 205

Objektformel

 Kommunikationsunfähige Rechtssubjekte 205

Menschenwürde 153

Sicherstellung Kommunikation 134

Objektiv-rechtliche Dimension 185

Objektiv-rechtliche Gehalte

Auslegungsmaßstab 190

Ausstrahlungseffekt 190

- Begriff 186

 Besondere objektivrechtliche Gehalte 189

- Einbeziehung 272

Generelle Einbeziehungsmöglichkeit
 273

Konkrete Einbeziehungsmöglichkeit
 274

Öffentliche Sphäre

Situative Eingriffsintensität 202

Österreichisch 22

Parlamentarischer Rat 171 Parlamentsvorbehalt

Beachtungsnotwendigkeit 207

Rechtschreibreform 367

- Schulhofsprache Deutsch 392

parole

- Allgemein 11

Partielles Sprachverbot 105

Performanz

- Allgemein 12

- Ansehen 101

Ausdruck geographische Identität 57

Ausdruck Persönlichkeit 58

- Ausdruck physische Identität 56

Ausdruck soziale Identität 58

Bedeutung für Identität 56

Bedeutung für Persönlichkeit 56

Gleichordnung 108

Herabsetzung Sprachgebrauch 101

Kommunikationsmittel der Identität

und Persönlichkeit 56

Nachteilsintensität 200

- Privilegierung 100

- Sprachenpolitik 100

- Sprachpolitik 112

Performanzbezogene Maßnahmen

- Gleichordnung eines Sprachgebrauchs
 108
- Herabsetzung Sprachgebrauch 101
- Privilegierung eines Sprachgebrauchs 100
- Sprachenpolitische Maßnahmen 100
- Sprachpolitische Maßnahmen 112
 Performanzfreiheit
- Allgemein 122
- Allgemeines Diskriminierungsverbot 302
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 314 f.
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzG NRW) 294, 342
- Basisgrundrecht 286
- Beliebigkeit logischer Spezialitätsrelationen 283
- Betroffenheit im Regelungsbereich 283
- Didaktikfreiheit 126
- Diskriminierungsverbot wegen der Sprache 303
- Dokumentationsfreiheit 127
- Einbürgerung(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 292, 350
- Gebärdenfreiheit 126
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 327
- Geschlechtsneutrale Sprache
 (§ 4 LGG NRW) 358
- Grundidentität Sprachenfreiheit 209
- Hauptschutzgegenstand 286
- Idealkonkurrenz 292 f.
- Idealkonkurrenz Allgemeines Persönlichkeitsrecht 297
- Idealkonkurrenz Zustandsgewährleistungen 294
- Inhaltsrecht 288
- Konsumtion 285
- Materielle Eingriffsintensität 200
- Nachteilsintensität 200
- Negative Performanzfreiheit 128, 292
- Normative Spezialität 284
- Normlogische Generalität 282
- Normlogische Spezialität 280
- Objektive Eingriffszielrichtung 289
- Performanzverbot (Art. 2 S. 1 SprVG TR) 376

- Positive Performanzfreiheit 124
- Produktionsfreiheit 124
- Recht am eigenen Bild 299
- Recht am geschriebenen Wort 298
- Recht am gesprochenen Wort 297
- Rechtschreibreform 368 f., 371
- Schreibfreiheit 125
- Situative Eingriffsintensität 202
- Sprechfreiheit 124
- Subjektive Eingriffsintensität 201
- Tradierungsverbot (Art. 3 S. 2 lit. a) SprVGTR) 293, 385
- Unangemessener Nachteil 206
- Vorbereitungshandlung 287
- Vorfeldhandlungen 287

Performanzverbot (Art. 2 S. 1 SprVG TR)

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 375
- Lebenssphären 379
- Materielle Belastungsintensität 377
- Performanzfreiheit 376
- Situative Eingriffsintensität 379
- Sprachliche Identität 376
- Subjektive Belastungsintensität
 378
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 375
- Wesensgehaltsgarantie 377

Performanzverbot Versammlungen (Art. 3 S.2 lit. b) SprVG TR)

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 388
- Eingriffsrechtfertigung 388
- Erforderlichkeit 390
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 387
- Verfassungslegitimes Mittel 389
- Verhältnismäßigkeit 388

Personale Gewährleistungsberechtigung Sprachenfreiheit

- Allgemein 139
- Eingrenzung Leistungsnorm 142
- Individualgrundrecht 139
- Jedermann-Grundrecht 141
- Juristische Personen 143
- Kein Bürgerrecht 142
- Kein Minderheitenrecht 141
- Personen im Sonderstatus 144

Personale Identität

- Allgemein 48

- Existenznegation sprachliche Kompetenz 203
- faculté de langage 54
- Menschenwürde 177

Personelle Eingrenzung Leistungsnorm

Sprachenfreiheit 142

Personen im Sonderstatus

- Rechtschreibreform 371
- Sprachenfreiheit 144

Persönlichkeit

- Ausdruck Performanz 58
- Big-Five-Ansatz 51
- Grundrechtsrelevanz 168
- Identität und Persönlichkeit 46
- Konzept 50
- Konzept und Handlung 52

Persönlichkeitsanalyse 51

Persönlichkeitsbezug

Geschlechtsneutrale Sprache
 (§ 4 LGG NRW) 359

Persönlichkeitsmerkmale

- Personale Identität 49
- Persönlichkeit 51

Persönlichkeitspsychologie 52 Phatische Funktion der Sprache 40

Physische Identität

Ausdruck Performanz 56

Pidginsprachen 30 Plansprachen 32

Planwidrige Gewährleistungslücke 171 Poetische Funktion der Sprache 41

Positive Performanzfreiheit

Allgemein 124

- Didaktikfreiheit 126
- Dokumentationsfreiheit 127
- Gebärdenfreiheit 126
- Produktionsfreiheit 124
- Schreibfreiheit 125
- Sprechfreiheit 124

Postgeheimnis

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 291

Pragmatisch begründbare Vorrang-

entscheidung 249 Primärnorm 240

Privatsphäre

Situative Eingriffsintensität 202

Privilegierung eines Sprachgebrauchs 100

Produktionsfreiheit

Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 352

Gebärdenfreiheit 126

Negative Produktionsfreiheit 128

- Performanzfreiheit 124

Schreibfreiheit 125

- Sprechfreiheit 124

Programmiersprachen 32

Prüfungsvorrang

- Allgemein 245

Pragmatische Begründung 249

Unbenannte Grundrechte 278

Quelle ungeschriebener Freiheitsrechte 161

Quotenregelung Radio 113

Rangfolge der Grundrechte 184

Real Academia Española 111

Recht am eigenen Bild 299

Recht am geschriebenen Wort 298

Recht am gesprochenen Wort 297

Rechtliches Gehör

Sicherstellung Kommunikation 135

Rechtschreibreform

Eingriff in die Sprachenfreiheit 368

- Languebezug 111

Mittelbarer Eingriff 369

Parlamentsvorbehalt 367

Performanzfreiheit

Rechtsunterworfene 368

Performanzfreiheit Schüler 371

- Personen im Sonderstatus 371

Rechtsunterworfene 368

Schreibfreiheit 368 f.

- Schüler 371

Sprachliche Identität 369, 371

Staatliche Regelungskompetenz 366

- Staatsbedienstete 370

Unmittelbarer Eingriff 368

 Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 365

Rechtschreibung

Schreibfreiheit 125

Rechtsnatur der Sprachenfreiheit 197

Rechtspolitische Bedeutung

- Unbenannte Grundrechte 196

Rechtssprache

- Kommunikationsbezug 82
- Languebezug 96

Rechtsstaatsprinzip

- Sicherstellung Kommunikation 134
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 188

Rechtsunterworfene

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 315
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 326
- Rechtschreibreform 368

Rechtsvergleichung

 Rechtlich begründbare Gefährdungslage 170

Referentielle Funktion der Sprache 39 Regeln der Vorrangermittlung 252

- Normative Spezialität 258
- Normlogische Spezialität 253

Regelungsbereich

- Grundrechtskonkurrenzen 237
- Normative Spezialität 263
- Sprachenfreiheit 238

Regional- oder Minderheitensprachen

- Identitätsbezug 86
- Kompetenzbezug 111
- Languebezug 97, 110
- Performanzbezug 101
- Performanzverbot

(Art. 2 S.1 SprVG TR) 378

Regionalsprachen

- Kompetenzbezug 111
- Languebezug 97, 110
- Performanzbezug 101

Reiten im Walde

- Abstraktheit 164
- Anwendungsfall allgemeine Handlungsfreiheit 161
- Besondere Grundrechtsrelevanz 167
- Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe 194
 Relative Rechte 120

Religionsfreiheit

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 285, 287 f., 290 f.
- Strukturelle Vergleichbarkeit
 Sprachenfreiheit 179
- Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 152

Richterrecht 160

Rollen-Identitäten

Soziale Identität 49

Rotwelsch 33

Rundfunkänderungsstaatsvertrag 113

Sachlicher Gewährleistungsbereich

- Sprachenfreiheit 119

Schrankenleihe 176

Schranken-Schranken-Konstruktion 165

Schrankensystematik Grundgesetz 176

Schrankenübertragung 247

Schreibfreiheit

- Allgemein 125
- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 316
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 342
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 328, 333
- Materielle Eingriffsintensität 201
- Negative Schreibfreiheit 128
- Rechtschreibreform 368 f.

Schriftkommunikation

Sprachliche Identität 129

Schriftsprachen 31

Schriftsysteme

- Performanzfreiheit 123

Schüler

- Rechtschreibreform 371
- Sprachenfreiheit 144

Schulhofsprache Deutsch

- Angemessenheit 397
- Diskussion 98
- Eingriff in die Sprachenfreiheit 393
- Eingriffsrechtfertigung 394
- Erforderlichkeit 396
- Geeignetheit 396
- Grundidentität der Sprachenfreiheit 395
- Parlamentsvorbehalt 392
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 391
- Verfassungslegitimer Zweck 395
- Verfassungslegitimes Mittel 395
- Wesensgehaltsgarantie 395

Schulsprache

- Languebezug 97

Schutzergänzungsfunktion Art. 2 Abs. 1 GG 159 Schutzgegenstandstypen 238

Schweizer Bundesgericht 2

Anerkennung Sprachenfreiheit 151

Sekundärnorm 240

Sicherstellung Sprachmittlung

Rechtsunterworfene 133
 Situative Eingriffsintensität

- Allgemein 202

Grundidentität der Sprachenfreiheit
 210

- Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 379

Soldaten

Sprachenfreiheit 144
 Sonderfälle personaler

Gewährleistungsberechtigung

- Sprachenfreiheit 143

Soranî 102 Sorbisch

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 330

- Sprachverbot 105

Soziale Identität

– Allgemein 49

Ausdruck Performanz 58

 Existenznegation sprachliche Kompetenz 203

langue 55

Sozialfunktionen der Sprache 66

Soziolekt 16 Sprachaufzeichnung

- Dokumentationsfreiheit 127

Sprachausübungsfreiheit

- Abgrenzung Sprachwahlfreiheit 200

Performanzfreiheit 123

Sprache

Allgemeinsprachliches Verständnis 9

Appellfunktion 40Ausdrucksfunktion 40

Bedeutung für Bürger und Staat 37

- Bedeutung für Identität und Persön-

lichkeit 53

- Darstellungsfunktion 39

Denotative Funktion 39

Desintegrative Sozialfunktion 71

- Doppelte Begrenzungsfunktion 66

- Emotionale Funktion 40

Emotive Funktion 40

Expressive Funktion 39

Funktionelle Sprachen 17

Gemeinschaftsgefühl 70

- Generelle Funktionen der Sprache 37

Historische Sprachen 14

- Identitätsbezogener Aspekt 45

Individualbezogene Bedeutung 44

Integrative Sozialfunktion 66

Katalanische Sprache 106

Kognitive Funktion 39

Kognitive Funktion der Sprache 42

Kommunikative Funktion

der Sprache 38

Kommunikative Grundfunktionen 38

Kommunikativer Aspekt 44

Kompetenzpflicht 112

Kompetenz und Performanz 12

- Konative Funktion 40

- Kulturgut 9

Kulturgut zwischen Bürger und Staat

langue und parole 11

Linguistisches Verständnis 10, 13

Metasprachliche Funktion 41

Minderheitensprache 86

Phatische Funktion 40Poetische Funktion 41

Referentielle Funktion 39

- Sorbische Sprache 105

Sozialfunktionen 66

Sprachenpolitik 95

Sprache und Akzent 27

Sprache und Denken 42

- Sprache und Dialekt 20

Sprachplanung 92

Sprachpolitik 95

Staatliche Einflussnahme 91

Staatlicher Schutzauftrag 110

Staatsbezogene Bedeutung 62

 Terminologie staatlicher Einflussnahme 91

Sprachen

Argot 33

- Elbensprachen 34

- Fiktionale Sprachen 34

Fiktive Sprachen 34

- Gaunersprachen 33

- Gebärdensprachen 31
- Geheimsprachen 33
- Kategorisierung von Einzelsprachen 29
- Klingonisch 34
- Künstliche Sprachen 32
- Kurdische Sprachen 102
- Lautsprachen 31
- Natürliche Sprachen 30
- Plansprachen 32
- Rotwelsch 33
- Verbotene Sprachen 101

Sprachenfreiheit

- Abstrakte Bewertung 215
- Abstrakte Kennzeichnung 217
- Abwägungskriterien 209
- Abwägungssystematik 198
- Abwehrfunktion 121
- Angemessenheitspr 212
- Anwendungsbereich 238
- Anwendungsdogmatik 311
- Beachtungsnotwendigkeit Parlamentsvorbehalt 207
- Desiderat der Verfassungslehre 3
- Deutschengrundrecht 142
- Didaktikfreiheit 126
- Diskriminierungsverbot durch die Sprache 137
- Diskriminierungsverbot wegen der Sprache 136
- Dogmatische Detailfragen 183
- Dogmatische Grundlagen 117
- Dokumentationsfreiheit 127
- Dreistufentheorie 211
- Gebärdenfreiheit 126
- Geltung der Gewährleistungsnorm 147
- Geltungskriterien 162
- Gewährleistungsgehalt 119
- Gleichartige Konkurrenzverhältnisse
 279
- Gleichheitsfunktion 135
- Grundgesetzdogmatik 147
- Grundidentität 209
- Grundrechtsgeltung 158
- Grundrechtsverwirklichungsvoraussetzung 175
- in anderen Rechtsordnungen 142

- Individualgrundrecht 139
- Jedermann-Grundrecht 141
- Juristische Personen 143
- Kombinationsgrundrecht 223
- Kommunikationsbezogene
 Verhaltensfreiheit 122
- Konkrete Nachteilsbewertung 216
- Konkurrenzdogmatik 229
- Konkurrenzverhältnisse 277
- Leistungsfunktion 130
- Negative Performanzfreiheit 128
- Performanzfreiheit 122
- Personale Gewährleistungs
 - berechtigung 139
- Personen im Sonderstatus 144
- Positive Performanzfreiheit 124
- Produktionsfreiheit 124
- Rechtsnatur 197
- Regelungsbereich 238
- Sachlicher Gewährleistungsbereich
 119
- Schreibfreiheit 125
- Sprachliche Identität 128
- Sprechfreiheit 124
- Terminologische Bezeichnung 220
- Themenbereich 238
- Ungleichartige Konkurrenzverhältnisse 302
- Verfassungslegitimes Gemeinwohlinteresse 210
- Verhaltensnorm 123
- Verletzung Wesensgehalt 207
- Völkerrecht 147
- Vorbehaltsregelung 174
- Vorteile eines unbenannten
 Grundrechts 183
- Zuordnung der komplexen Gewährleistungsnorm 149

Sprachenfrieden

 Diskriminierungsverbot wegen der Sprache 136

Sprachenpolitik

- Allgemein 95
- Statusbezug 95

Sprachenverbotsgesetz 103

Sprachförderung

- Begriff 91

Sprachinstitute 110

Sprachlenkung

- Begriff 91
Sprachliche Ebene

- Sprachnorm 19

- Sprachsystem 19

- Sprachtypus 19

Sprachliche Gleichbehandlung 357

Sprachliche Identität

§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW 348

- Allgemein 128

Art. 3 S. 1 SprVG TR 382
Art. 3 S. 2 lit. a) SprVG TR 386
Diskriminierungsverbot wegen der Sprache 304

Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 292, 352

- Erweiterung 55

Idealkonkurrenz 292 f.

– Integrität 129

Nachteilsintensität 202
Normative Spezialität 291
Normlogische Spezialität 281

- Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 376

– Rechtschreibreform 369, 371

- Tradierungsverbot (Art. 3 S. 2 lit. a)

SprVGTR) 293, 386

Unangemessener Nachteil 206

Weitergabe 129

Sprachliche Minderheiten 141 Sprachliche Organisation staatlicher

Gemeinschaft 69
Sprachliche Verkörperung

– Dokumentationsfreiheit 127

Sprachmanipulation

– Begriff 91

Sprachnorm

Sprachliche Ebene 19Sprechfreiheit 124

Sprachnormung

Begriff 91

Languebezug 110

Sprachpflege

Begriff 91

Languebezug 110Performanzbezug 112

Systematisierung Maßnahmen 110

- Türkisches Sprachenverbotsgesetz 105

Sprachplanung

– Allgemein 92

Korpusplanung 92Materielle Eingriffsintensität 200

Sprachliche Identität 203

- Statusplanung 93

Sprachpolitik

Allgemein 95Korpusbezug 109

- Materielle Eingriffsintensität 200

Sprachregelung
- Begriff 91

- Languebezug 110

Sprachschutz

Begriff 91Korpusbezogene Sprachpolitik 109

Sprachstandardisierung

Begriff 91

Languebezug 110
Sprachsterben 94
Sprachsystem
Integrität 203

Performanzfreiheit 122Sprachliche Ebene 19

Sprachtypus

Sprachliche Ebene 19SprachunterdrückungKatalan 108

Statusbezug 101
 Sprachverbot

Allgemeines Sprachverbot 209

- Begriff 91

- Faktisches Sprachverbot 106, 108

Herabsetzung Sprachgebrauch 101Katalanische Sprache 106

Kurdische Sprachen 102
 Partielles Sprachverbot 105

Sorbische Sprache 105
 Sprachwahlfreiheit

- Abgrenzung Sprachausübungsfreiheit

Performanzfreiheit 123

Språkrådet 111 Sprechfreiheit – Allgemein 124

Amtssprache (§ 23 VwVfG) 314

Einbürgerung

(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 351

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 327
- Materielle Eingriffsintensität 201
- Negative Sprechfreiheit 128

Sprechgewohnheit 28

Staat

- Bedeutung des Kulturgutes Sprache
 62
- Begriffsbestimmung 62
- Bindungswirkung Grundrechte 186
- Regelungskompetenz Rechtschreibreform 366
- Schutzauftrag Sprache 110
- Staatliches Neutralitätsgebot 136
- Staatsidentität 132
- Staatssymbole 71

Staaten portugiesischer Sprache 111 Staatsbedienstete

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 314
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 325
- Rechtschreibreform 370
- Sprachenfreiheit 144

Staatsbegriff

- Integrationslehre 65
- Integrative Zwei-Seiten-Theorie 65
- Rein juristischer Staatsbegriff 64
- Rein soziologischer Staatsbegriff 64
- Zwei-Seiten-Theorie 64

Staatssprache

- Art. 6 VerfFL 77
- Art. 8 Abs. 1 B-VGA 77
- Differenzierung Amtssprache 76
- Identitätsbezug 83
- Integrationssystem 80
- Kommunikationsbezug 81
- Kompetenzbezug 111
- Languebezug 96, 110
- Mehrsprachige Staaten 131
- Performanzbezug 100
- Willkürverbot 131

Statusbezogene Sprachenpolitik

- Allgemein 95
- Kompetenzbezogene Maßnahmen 99
- Languebezogene Maßnahmen 96
- Performanzbezogene Maßnahmen 100

Statusplanung

- Allgmein 93
- Verhältnis zu Korpusplanung 94

Strafgefangene

- Sprachenfreiheit 144

Strafgefangenenentscheidung 144

Strafprozess

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 327

Subjektive Eingriffsintensität

- Allgemein 201
- Grundidentität Sprachenfreiheit 209
- Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 378

Subjektiv-rechtliche Dimension 185

Südkurdisch 102

Suprasegmentales Merkmal 27

Sütterlin

Schreibfreiheit 125

Symmetrie zwischen widerstreitenden Positionen 272

Synthesegrundrechte

- Sprachenfreiheit 223
- Terminologie 220

Systematik vorbehaltloser Grundrechte 177

Systemkorpus

Korpusbezogene Sprachpolitik 109
 Systemschutz der deutschen Sprache 132

Tatbestandsrelationen

- Tatbestandsinklusion 236
- Tatbestandsinterferenz 236

Taubenfüttern

- Abstraktheit 164
- Anwendungsfall allgemeine Handlungsfreiheit 161
- Besondere Grundrechtsrelevanz 167
- Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe 194

Terminologie staatlicher Einflussnahme auf die Sprache 91

Territorialitätsprinzip 319

Themenbereich

- Grundrechtskonkurrenzen 237
- Sprachenfreiheit 238

Tonaufzeichnungsfreiheit

Dokumentationsfreiheit 127
 Tötungshandlungen 169

Tradierungsverbot

(Art. 3 S. 2 lit. a) SprVG TR)

- Eingriff in die Sprachenfreiheit 385

- Idealkonkurrenz 293
- PerformanzfreiheitW 385
- Sprachliche IdentitätW 386
- Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit 384
- Wesensgehaltsgarantie 386

Transparenzgebot 251

Türk Dil Kurumu 111

Übersetzungsbeibringung

Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 334
 Übersetzungsverpflichtung

von Amts wegen

Gerichtssprache(§§ 184 ff. GVG) 336

Umgangssprache 17

Unbenannte Grundrechte

- Aktivierung der bereichsspezifischen Grundrechtsdogmatik 184
- Anwendungs- und Durchsetzungschancen 159
- Ausreichende Abstraktheit der Gewährleistung 163
- Besondere Abwägungsgesichtspunkte
 165
- Besondere Grundrechtsrelevanz 167
- Bestimmbarer Gewährleistungsbereich
 164
- Erweiterter Eingriffsbegriff 195
- Faktisch begründbare Gefährdungslage 170
- Gefährdungsbezogene Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 169
- Gewährleistungsspezifische Abwägungssystematik 191
- Keine planwidrige Gewährleistungslücke 171
- Kein gesetzliches Verbot 168
- Konkretisierbarer grundgesetzlicher Schutzauftrag 172
- Konkurrenzdogmatische Gleichordnung 193
- Konkurrenzdogmatische Qualität 191
- Konkurrenzdogmatische Zwischenstufe 192
- Materielle Eingrenzungskriterien 161
- Präzisierter konkurrenzdogmatischer Gewinn 278

- Qualitative Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 167
- Rechtlich begründbare Gefährdungslage 170
- Rechtspolitische Bedeutung 196
- Staatliche Beachtungspflicht als Grundrechtsschranke 188
- Strukturelle Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 163
- Vorteile 183
- Wesensmäßige Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 162
- Zitiergebot 187

Ungleichartige Konkurrenz

- Abwägungsverbund 269
- Allgemein 234
- Normative Spezialität 264
- Sprachenfreiheit 302

Ungleichbehandlung 152

Unmittelbarer Eingriff

- Kompetenzfestlegung
 (Art. 3 S. 1 SprVG TR) 381
- Rechtschreibreform 368

Unterbliebene Übersetzung

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 335

Unterrichtssprache

- Languebezug 97
- Türkisches Sprachenverbotsgesetz 105

Unverletzlichkeit der Wohnung

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 291

Unverstandenes Objekt

- Kommunikationsunfähige Rechtssubjekte 205
- Menschenwürde 153
- Sicherstellung Kommunikation 134

Varietät

- Diaphasische Varietät 17
- Diastratische Varietät 16
- Diatopische Varietät 15

Verbotene Sprachen 101

Verbotsnorm 240

Vereinbarkeit mit der Sprachenfreiheit

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 313
- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 341
- Beleidigungsverbot(§§ 185 ff. StGB) 339

- Einbürgerung(§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 349
- Gerichtssprache(§§ 184 ff. GVG) 324
- Geschlechtsneutrale Sprache(§ 4 LGG NRW) 356
- Kompetenzfestlegung(Art. 3 S. 1 SprVG TR) 380
- Performanzverbot (Art. 2 S. 1 SprVG TR) 375
- Performanzverbot Versammlungen (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 387
- Rechtschreibreform 365
- Schulhofsprache Deutsch 391
- Tradierungsverbot (Art. 3 S.2 lit. a) SprVG TR) 384

Vereinheitlichungspolitik

- Nationale Identität 101

Verfahrenssprache

Vereine 144

- Kommunikationsbezug 82
- Languebezug 96

Verfassungskonvent 171 Verfassungslegitimer Zweck

- Allgemein 198
- Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 353
- Geschlechtsneutrale Sprache (§ 4 LGG NRW) 362
- Schulhofsprache Deutsch 395

Verfassungslegitimes Mittel

- Allgemein 198
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 353
- Geschlechtsneutrale Sprache(§ 4 LGG NRW) 362
- Performanzverbot Versammlungen
 (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 389
- Schulhofsprache Deutsch 395

Verhaltensfreiheit

- Kommunikationsbezogene
 Verhaltensfreiheit 122
- Negative Verhaltensfreiheit 128
- Positive Verhaltensfreiheit 124
- Verhaltensnorm

Sprachenfreiheit 123

Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

- Amtssprache (§23 VwVfG) 320

- Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 343
- Dogmatische Grundlage 188
- Einbürgerung
 - (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 StAG) 353
- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 330
- Geschlechtsneutrale Sprache
 (§ 4 LGG NRW) 362
- Performanzverbot Versammlungen
 (Art. 3 S. 2 lit. b) SprVG TR) 388
- Prüfungskriterien 198
- Relevanz Grundrechtsqualität 184
- Struktur der Angemessenheitsprüfung 213
- Unbenannte Grundrechte 165

Verhinderung staatlicher Gemeinschaft 72

Verletzung Wesensgehalt

- Sprachenfreiheit 207

Vernünftiges Gemeinwohlinteresse 212 Versammlungsfreiheit

- Konkurrenz Sprachenfreiheit 285, 287
- Themen-, Anwendungs- und Regelungsbereich 237
- Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 151

Vertragsfreiheit 197

Verwaltungsprozess

- Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 327

Verwässerungseffekt 191

Verwirkung der Grundrechtsberechtigung

Anstaltspost (§ 23 Abs. 1 Nr. 5 StVollzGNRW) 343

Videoaufzeichnung

- Gebärden 127

Videoaufzeichnungsfreiheit

- Dokumentationsfreiheit 127

Völkerrecht

- Grundrecht auf Bildung 300
- Sprachenfreiheit 147

Vorbehalt des Gesetzes

- Parlamentsvorbehalt 207
- Personen im Sonderstatus 144

Vorbehaltsregelung der Sprachenfreiheit 174

Vorrang

- Anwendungsvorrang 243
- Geltungsvorrang 243

Prüfungsvorrang 245
 Vorrangentscheidung

- Adäquanzgebot 250

- Begründung 245

- Irrelevanzgebot 250

- Logische Begründung 246

- Normative Begründung 247

- Pragmatische Begründung 249

- Transparenzgebot 251

Vorrangermittlung 252

Normative Spezialität 258

- Normlogische Spezialität 253

Vorteile eines unbenannten Grundrechts der Sprachenfreiheit 183

Warn- und Besinnungsfunktion 187

Wertegemeinschaft

- Gemeinschaftsbegriff 62

Gemeinschaftsermöglichende Funktion
 67

Kollektive Identität 50

Wertentscheidung Verfassungsgeber

 Besondere Grundrechtsrelevanz unbenannte Grundrechte 167

 Gefährdungsbezogene Vergleichbarkeit mit benannten Grundrechten 169

Wesen der Grundrechte 188

Wesensgehaltsgarantie

- Allgemein 207

- Bindungswirkung Grundrechte 186

- Grundidentität 208

- Grundidentität Sprachenfreiheit 209

Performanzverbot

(Art. 2 S. 1 SprVG TR) 377

- Schulhofsprache Deutsch 395

 Tradierungsverbot (Art. 3 S. 2 lit. a) SprVG TR) 386

Verstoßermittlung 208

Wesentlichkeitstheorie 207

Wille des Gesetzgebers 172

Wir-Gemeinschaft 67

Wirksamkeit geltenden Rechts 159

Wissenschaftsfreiheit

Konkurrenz Sprachenfreiheit 285–287

 Zuordnung sprachenfreiheitliche Gewährleistungsnorm 151

Zentralkurdisch 102

Zielrichtung des Eingriffs 263

Zitiergebot

- Allgemein 187

- Amtssprache (§23 VwVfG) 319

Zivilprozess

Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 327

Zugehörigkeitsgefühl

Kollektive Identität 50

Zuordnung der komplexen Gewährleistungsnorm der Sprachenfreiheit

- Allgemein 149

- Art. 1 Abs. 1 GG 153

Art. 2 Abs. 1 GG 154

 Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG 156

- Art. 3 Abs. 3 S. 1 Var. 1 GG 152

Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG 150

- Nominatgrundrechtsnormen 151

Zusammenwirken von Grundrechtsnormen 267

Abwägungsverbund 267

- Gesamtabwägung 272

- Objektiv-rechtliche Gehalte 272

Zustandsfreiheit

 Identitätsbezogene Zustandsfreiheit 128

Zweckvorteil

- Amtssprache (§ 23 VwVfG) 321

Gerichtssprache (§§ 184 ff. GVG) 332

Zwei-Seiten-Theorie 64

- Integrative Zwei-Seiten-Theorie 65

Zweitsprache(n)

- Allgemein 1

- Performanzfreiheit 122

Relevanz 44